

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 58.

Donnerstag, den 10. März 1910.

17. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Herr v. Jagow und seine Leidensgefährten.

Wenn man liest, was die Berliner bürgerliche Presse über die Vorgänge des letzten Sonntags schreibt, so kann einem die preussische Regierung beinahe leid tun. In dieser Haltung der Presse spiegelt sich die Stimmung der Berliner Bevölkerung, die über den glänzenden Erfolg der sozialdemokratischen Organisation jubelt und der verhassten Polizeiregierung die erlittene Blamage von Herzen gönnt. Das „Berl. Tagebl.“ ist sicher im Recht, wenn es auf die beweglichen Bitten des konfusem Polizeipräsidenten, die „öffentliche Meinung“ möchte ihn doch gegen die böse Sozialdemokratie in Schutz nehmen, kahlhächelnd antwortet: „Ach, Herr v. Jagow befindet sich in einem bedauerlichen Irrtum. Die öffentliche Meinung in Berlin sieht durchweg auf Seiten der Wahlrechtsparaziergänger.“ Dasselbe Blatt stellt auf Grund einer umfassenden eigenen Verichterstattung fest, daß sich die Demonstrationen „tadellos“ und „musterhaft“ benommen haben und daß die öffentliche Ordnung und Sicherheit nur von der Polizei, von dieser aber mehrfach und in der empfindlichsten Weise gestört wurde.

Durch die Ereignisse, die von einzelnen Polizeibeamten begangen worden sind, ist die Situation der Polizeibehörde erst recht verschlechtert worden. Selbst die brave „Vossische Zeitung“ fällt von der Polizei ab und kennzeichnet die Situation des Wahlrechtssonntags in den Worten: „Alles ruhig mit Ausnahme der Polizei.“ Daß „Morgenpost“, „Volkszeitung“, „Welt und Zeit am Montag“ und „B. Z. a. Mittag“, kurz die ganze in Berlin verbreitete und auf große Leserkreise angewiesene Presse diesem vernichtenden Urteil eines streng gemäßigten Blattes lebhaft zustimmt, versteht sich von selbst. Hier ist es die Stimmung der Massen selbst, die die Federn führt. Und — armer Polizeipräsident — kein siebenfach durchgefallener Schmierentrombidant hat eine so schlechte Presse gehabt wie er. Es ist ein Spießrutenlaufen, bei dem es moralische Schläge und äbenden Hohn regnet. Ja, wer den Schaden hat — — und das ist heute die allgemeine Stimmung: Die preussische Regierung hat eine Schlappe verloren!

Was aber sagen die Reaktionsgeister, die erst die Polizei scharf gemacht haben und nun Gefährten ihres Leids und ihrer Blamagen wurden?

Das ist sehr ergötzlich zu lesen.

Voran geht die „Nordb. Allg. Ztg.“, der die dicken Lintentränen über Nase und Wangen laufen. Sie beginnt ihren Klagegesang mit der amtlichen Feststellung, daß sich die Demonstration fast ungehindert entwickeln konnte, daß sich also Herr v. Jagow stark überschätzt hat, als er stramm ankündigte, er werde die Demonstration verhindern. Sie nennt dann das Geschehene „eine ungeheuerliche Kundgebung“, eine offenkundige Verhöhnung des Gesetzes und ringt die Hände darüber, daß bürgerliche Blätter „die Demonstrationen als einen Sieg über die Polizei verherrlichen“.

Am allerpassigsten erscheint Dr. Dertels „Deutsche Tageszeitung“. Sie kann sich nicht genug tun, daß die Demonstration „gar nicht imponant gewesen“ sei, daß die Leute eiligt vor den Polizeipferden auseinandergeraten seien; es sei „unwürdig und unzweckmäßig“, derartige „sozialistische Rinderereien länger und ernsthaft zu behandeln“, wie es die liberale Presse tue. Das ist also über Nacht aus den „gefährlichen Exorzilien zur Revolution“ geworden, gegen die gerade Herr Dertel Polizei und Staatsanwalt, Gerichte und Militär hilfeleistend mobilisierte. Herr v. Jagow kann sich bei Herrn Dertel bedanken: erst muß er auf Kommando des Prügelhelden so tun, als sei die blutige Revolution gekommen, muß das riesigste Aufgebot der Polizeigewalt inszenieren, dann — als die Polizei vor dem roten Lachen Berlins blamiert abtrotten mußte — war alles bloß — „sozialistische Rindererei“, die ein würdiger, dicker Dertel in weißer Weste nicht ernst nehmen braucht!

Dagegen steht das Hofpastorenblatt, der „Reichsbote“, schon das Ende nahen:

Die tiefenste Kehseite dieser Vorgänge ist der Einblick in die straffe Organisation der Sozialdemokratie, die an einem Netz geheimer Fäden hängt, so daß über Nacht eine vertrauliche Parole geräuschlos durch die Millionenstadt fliegen und hunderttausend Menschen lautlos nach einem bestimmten Punkte und nach einem festen Plan dirigieren kann. Den Einblick in diese Organisation hat uns der gestrige Sonntag gegeben und nun auch gezeigt, daß die menschliche Gesellschaft in Ordnung dieser Organisation nichts Besseres entgegenzusetzen hat.

Auf einen ähnlichen Sündenknäuel ist auch die „Kreuzzeitung“ gestimmt. Sie meint:

Der ruhe- und ordnungsliebenden Bevölkerung hat gestern das rote Massenaufgebot die Augen darüber geöffnet, über was für ein starkes und revolutionär geschultes Heer die sozialdemokratischen Machthaber bereits gebieten.

Die „Post“ plärrt natürlich ihr unvermeidliches Lied von neuen Ausnahmegesetzen gegen die Sozialdemokratie:

Für uns besteht kein Zweifel darüber, daß gegen die Führer und Urheber der gestrigen Zusammenkünfte und Umzüge auf Grund des Strafgesetzbuchs teils wegen Landfriedensbruchs, teils wegen groben Unfugs vorgegangen werden könnte und müßte. Sollte aber unsere Rechtsprechung in diesen Fällen abermals versagen, so müßten andere Garantien für die Sicherung der öffentlichen Ordnung geschaffen werden. Die Sozialdemokraten werden sich nicht wundern dürfen, wenn diese Garantien in der Richtung eines neuen Sozialistengesetzes oder der Verhängung des Belagerungszustandes, der ja in Italien, Frankreich und Spanien durch Aufhebung der verfassungsmäßigen Garantien oft genug in Kraft tritt, liegen.

Man darf die Bedeutung dieser Wahlrechtskundgebung keineswegs unterschätzen. Von Sonntag zu Sonntag sind sie gefährlicher und umfassender geworden. Gestern hat sich die Taktik des „sozialdemokratischen Gefeuchtereziersens auf der Straße“ als außerordentlich gut und raffiniert vorbereitet erwiesen. Sind die Massen erst einmal auf diese neue Gefeuchteretaktik gut eingelebt, dann wird es außerordentlich schwer sein, ihrer Herr zu werden.

Zugleich aber sind diese Wahlrechtskundgebungen, wenn es nicht gelingt, sie zu unterdrücken, von ungeheurer agitatorischer Kraft. Und die Parteien, die auf dem Boden des heiligen Rechts stehen, und die es verächtlich, ihre politischen Überzeugungen auf der Straße zu verteidigen, werden durch jede weitere solche Demonstration politisch schwer benachteiligt. Denn im Grunde genommen sind diese an sich völlig aussichtslosen Wahlrechtskundgebungen nichts anderes als riesenhafte Vorbereitungen auf die nächste Wahl.

So wissen die Leidensgefährten des Berliner Polizeipräsidenten nicht mehr ein und aus. Sie wissen noch nicht recht, ob der Wahlrechtssonntag eine „Rindererei“ sei, die man nicht ernst nehmen dürfe, oder eine furchtbare Gefahr für die ganze Staats- und Gesellschaftsordnung, der mit Militär und Belagerungszustand und Ausnahmegesetzen ein Ende gemacht werden müsse.

Die Arbeiterklasse aber schreitet ruhig und sicher ihren Weg. Sie kämpft für die beste Sache der Welt!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Aus dem Reichstage.

Im Reichstag stand am Mittwoch zunächst der Etat für Kiautschou zur Beratung. Befragtes Kiautschou, ein Küstenstrich in China von der Durchschnittsgröße eines preussischen Landratskreises mit der Haupt- und Hafenstadt Tsingtau, wurde zu einer Zeit in Zwangspacht genommen, als man Ruackfußsche Bilder malte, den Ostafrikaner gepanzerte Faust zeigte, von der Aufstellung Chinas schwärmte und die Verprügelung Rußlands in der Mandchurie noch nicht einmal ahnte. Der „Platz an der Sonne“ sollte ein Stützpunkt bei der Aufstellung Chinas sein. Hier von ist man ja nun still geworden. Vom militärischen Wert Kiautschous spricht nicht einmal mehr Herr Liebermann von Sonnenberg. Mit um so vollere Backen wird die ganz unvergleichliche wirtschaftliche Bedeutung des Fleckens Kiautschou gepriesen. Um dieser angeblichen Bedeutung willen werden Millionen über Millionen aus den Taschen der deutschen Steuerzahler in dies kleine Küstenländchen gesteckt. Ganze Beamtenheere werden für garnicht existierende Betriebszweige angestellt, und Baulanlagen werden für Summen geschaffen, die, wie unser Fraktionsredner mit heißendem Spott sagte, ungefähr ausreichen würden, um den Brocken und die Schneeköpfe in Spargelbeete zu verwandeln. Aber die Notwendigkeit, der Verschwendung in der Verwaltung Kiautschous einen Riegel vorzuschieben, waren sich ziemlich alle Redner einig. Namentlich brachte Herr Baasche recht hübsche Einzelheiten bei. Nur der Konservative Dr. Dröschler machte eine Ausnahme und bewies als mecklenburgischer Mandarinder ein feines Empfinden für chinesischen Mandarinengeist, dem zuliebe er für recht hohe Gehälter und recht kostbare Amtswohnungen der deutschen hohen Beamten in Kiautschou eintrat, auf daß sie sich nicht vor ihren chinesischen Kollegen zu schämen brauchen. Wie gesagt, in dieser Beziehung bildete Herr Dröschler eine Ausnahme. Aber

in Kotsaunaden vor dem Staatssekretär des Reichsmarineamts fand er Wettbewerber in allen bürgerlichen Fraktionsrednern, von Erzberger bis zum Neufortschrittler und Erdemokaten Storz. Sie alle begannen und schlossen ihre Mahnungen zur Sparjamkeit mit einem Loblied auf den mit allen möglichen ehrenden Prädikaten belegten granbärtigen Obermarinier, wenn auch nicht alle diese Loblieder den beinahe religiösen Schwung des inbrünstigen Hymnus annehmen, den Herr Dröschler anstimmte. Genosse Noske, der als unser Fraktionsredner zum Etat sprach, unterließ selbstredend alle Trippebeweihräucherungen und stellte den optimistischen Zukunftshoffnungen des Staatssekretärs und der bürgerlichen Parteien die nüchternen Kritik der Wirklichkeit entgegen. Der Platz an der Sonne, dessen angeblich unbegrenzte Entwicklungsmöglichkeit einstmal sogar Eugen Richters kühles Herz berauschte, ist in der Tat so gut wie wertlos geworden, und statt Millionen über Millionen aufzuwenden, um Potemkinsche Dörfer am Stillen Ozean zu schaffen, sollte man lieber daran denken, mit guter Art diesen Ballast los zu werden.

In der abergläubischen Vorstellung besangen, daß ein Schluß der Reichstagssession um 7 Uhr eine Todsünde sei, ließ Präsident Graf Schwerin trotz zahlreicher Vertagungsrufe noch den Postetat vornehmen. Mit leiser Stimme trug Herr Raempf und mit lauter Lungenkraft der Antisemit Latmann allerhand Wünsche vor, in der ihm eigenen einschläfernden Weise antwortete Raetke und erst gegen 8 Uhr verlagte man die Fortsetzung auf Donnerstag.

Die Budgetkommission des Reichstages

erledigte Mittwoch den Etat des Reichshofamtes. Staatssekretär Wer muth gab bei dem Titel „Zölle und Steuern“ eine Übersicht über den voraussichtlichen Etatsabschluß. Nach den Ergebnissen der ersten neun Monate des Statsjahres werden die Einnahmen die Vorausschläge übersteigen, sodaß sie den Abschluß um rund 68 Millionen Mark günstiger gestalten, als angenommen wurde. Im einzelnen werden die Zölle 3 374 000 Mk. mehr einbringen. Ferner werden mehr ergeben: Tabaksteuer 786 000 Mk., Zuckersteuer 7 837 000 Mk., Leuchtstoffsteuer 1 300 000 Mk., Zündwaren 900 000 Mk., Brausteuer und Übergangsabgaben 5 784 000 Mk., Wertpapiersteuer 10 910 000 Mk., Zinsbogensteuer 9 910 000 Mk., Grundstücksübertragungssteuer 9 000 000 Mk. Die Mindereinnahmen aus neuen Steuern werden betragen bei der Brennsteuer 2 233 000 Mk., Schenksteuer 1 000 000 Mk., Schaumweinsteuer 38 000 Mk., Wechselstempelsteuer 600 000 Mk., Frachtkundenstempel 680 000 Mk.

Nachdem begann die Verhandlung über den Etat des Auswärtigen Amtes. Staatssekretär v. Schoen gab eine Darstellung des bekannten Falles Mannesmann, wobei er nachzuweisen versuchte, daß die Regierung ihr möglichstes getan, um die Interessen, die vertretbar waren, auch nachdrücklich zu vertreten. Man habe der Regierung den schweren Vorwurf gemacht, daß sie aus Schwäche die Interessen Deutschlands in Marokko preisgegeben habe. Aber das sei eine völlig ungerechte Beschuldigung. Die Regierung habe in der Minenfrage so gehandelt, wie es das deutsche Interesse erfordere, und mit der Ehre des deutschen Namens vereinbar sei. Aber sie habe nicht alle Wünsche einzelner erfüllen können, weil die Ansprüche keine Rechtsgrundlage gehabt haben. Auch wegen der Veröffentlichung des Weißbuches seien ihr Vorwürfe gemacht worden. Demgegenüber wolle er konstatieren, daß im Weißbuch nichts stehe, was den fremden Mächten nicht bekannt gewesen sei. Es sei ferner falsch, daß Deutschland auf Frankreich hätte einen Druck ausüben können. Ganz abgesehen davon, daß die Ansprüche der Mannesmann nicht im gewünschten Umfange vertreten werden konnten, seien an der Regelung der Minenkonzessionen außer Frankreich auch noch England, Spanien, Portugal und andere Mächte interessiert. Deutschland hätte die genannten Mächte gegen sich gehabt und es würde seine Forderung nicht haben durchsetzen können.

Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt machte noch weitere Mitteilungen über Einzelheiten, die aber zum meist vertraulich sein sollen.

Donnerstag werden die Parteien zum Wort kommen.

Friedenskomodie.

Zum Etat des Reichskanzlers ist ein Antrag gestellt, in welchem der Reichskanzler ersucht wird, nach dem Beispiel zahlreicher anderer Staaten zur Unterstützung der Bestrebungen für die internationale Schiedsgerichtsbewegung eine Beihilfe in dem nächstjährigen Etat einzulegen. Unterschrieben ist dieser Antrag von den Abgg. Fürst v. Hagenfeld, Eichhoff, Dr. Arndt u. a. Ausgerechnet die Vertreter solcher Parteien, die fortwährend zum Kriege blasen, müssen den Antrag stellen, die internationale Schiedsgerichtsbewegung zu unterstützen. Namentlich dem Abg. Eichhoff steht diese Pose außerordentlich gut, er, der schon im Gegensatz selbst zu seinen engeren Parteifreunden

Die besonders weitgehende Marineforderungen gestimmt hat. Würde der Friede in diesen Händen ruhen, dann wäre er ein für allemal verloren.

Sozialdemokratischer Wahlrechtsantrag.

Die sozialdemokratische Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses hat zur zweiten Lesung der Wahlrechtsvorlage, die am Freitag beginnt, ihren bereits in der Kommission gestellten Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts unter Zugrundelegung des Proportionalwahlrechts für alle über 20 Jahre alten Männer und Frauen, sowie auf gerechte Einteilung der Wahlkreise von neuem eingebracht.

Aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

In der Sitzung vom Mittwoch beschloß die sozialdemokratische Fraktion, im Reichstage eine Interpellation über das Verbot des Spazierganges im Treptower Park und die sich daran anschließenden Vorgänge in Berlin einzubringen.

Die Berliner Polizei - Attaken vor den Stadtverordneten.

Am nächsten Donnerstag wird im Berliner Stadtverordneten-Kollegium das Vorgehen der Polizei am letzten Wahlrecht - Sonntag zur Sprache gebracht werden. Zur Debatte steht der Polizeierlass, der die Stadt Berlin mit acht Millionen Mark belastet, und es ist sicher, daß diese Gelegenheit zu ausgiebiger Kritik der Polizei benützt werden wird.

Geheiterter Wahlrechtschacher.

Die Verhandlungen zwischen den Parteiführern des Abgeordnetenhauses über die Wahlrechtsvorlage sind völlig ergebnislos verlaufen, da die Rechte den Wünschen der Liberalen nicht entgegenzukommen geneigt ist. Man kann infolgedessen damit rechnen, daß bei der am Freitag beginnenden zweiten Lesung der Wahlrechtsvorlage die Gegensätze zwischen den Kompromißparteien, Konservativen und Zentrum und der Linken noch schärfer als in den bisherigen Stadien der Wahlrechtsbewegung hervortreten werden.

Die „ekelhafte“ Agitation.

Der polizeifreundliche „Reichsbote“ stellt eine launig zu lesende Betrachtung über die Aussichten der Wahlrechtsvorlage des Majors v. Bethmann Hollweg an und kommt dabei zu dem Schluß:

Unter diesen Umständen ist wenig Aussicht für das Zustandekommen der Reform, so erwünscht sie auch wäre, um die ekelhafte Agitation und Volksverhetzung zum Stillstand zu bringen. Wenn nichts zustandekommt, so bleibt das bestehende Wahlrecht, und es wäre am besten gewesen, man hätte seine Reform gar nicht erst verprochen.

Der brave „Reichsbote“ täuscht sich. Wenn nichts zustandekommt und das bestehende Wahlrecht bleibt, so wird die „ekelhafte Agitation“ durchaus nicht aufhören. Sie wird mit verstärkten Kräften fortgesetzt werden, bis Preußen ein Wahlrecht hat, das aus Ungerechtigkeit Gerechtigkeit gemacht hat.

v. Oldenburgs Ende.

Wenn nicht alle Anzeichen trügen, dürfte Elard von Oldenburg-Januschau, von der Mühe, den Wahlkreis Elbing im Reichstag zu vertreten, bei den nächsten Wahlen entbunden werden. Etwa 2500 Personen aus bürgerlichen Kreisen haben einen Aufruf unterzeichnet, der die Interessenpolitik des Bundes der Landwirte in der schärfsten Weise verurteilt. Zweck des Aufrufs ist die Gründung eines „Vaterländischen Wahlvereins“, der im direkten Gegensatz zu der Politik der konservativen Reichstagsfraktion und des Bundes der Landwirte steht. Die konservative Presse gibt selbst zu, daß unter diesen Umständen das Mandat des Januschauers höchst gefährdet sei.

Die neugegründete Fortschrittliche Volkspartei

hat sich zu Führern die bisherigen Leiter der überlebendigen Freisinnigen Volkspartei gewählt. Vorherrscher der Gesamtpartei ist Fischer, Vorherrscher der gemeinsamen Fraktion Müller-Meinigen und Wiemer. Als Vertreter der anderen Parteien hat man die Abg. v. Payer und Schrader in den Fraktionsvorstand genommen. Die preussische Landtagsfraktion wird geleitet auch von Fischer, dem als Vertreter der Demokraten und der Freisinnigen Vereinigung Funk und Pachnik beigegeben sind.

Kriegervereine gegen die Wahlprüfungskommission.

Die Wahl der nationalliberalen Abg. Wehl ist von der Wahlprüfungskommission des Reichstags für ungültig erklärt worden, weil die Kriegervereine, die sich für seine Wahl besonders ins Holz legten, als amtliche Einrichtungen betrachtet wurden. Die in Frage kommenden Kriegervereine im Wahlkreis Celle besaßen nun die Sitze, an den Reichstag eine Petition zu richten, die sich gegen die Wahlprüfungskommission wendet. Gleichsam um aber zu bestätigen, daß die Kriegervereine reaktionäre Wahlorganisationen sind, ist einem Mitglied des Kriegervereins Sijhorn auf seine Frage, ob er in der Stichwahl einen Welschen wählen dürfe, erklärt worden, ein Kriegervereiner dürfe nie für einen Welschen oder Sozialdemokraten stimmen. Es ist erstaunlich, wie man unter diesen Umständen immer wieder behaupten will, daß die Kriegervereine keine politischen Vereine seien.

Der Hildesheimer Rückzug.

Nach Herrn Hendeband und Herrn Haner erschienen am vergangenen Sonntag nun auch Herr Bajer und Herr Dr. Friedberg in Hildesheim, um die von den konservativen und klerikalen Einbringlingen gefährdeten nationalliberalen Schäfchen Hannovers wieder in Sicherheit zu bringen. Mit preisenden Worten wurde der nationalliberale Heereszug angekündigt und siehe da, heute ist sogar die „Kölnische Zeitung“ unfähig zu sagen, was Herr Bajermann den Hildesheimern eigentlich zu erzählen hatte. Inzwischen hat es sich nämlich in den meisten Kreisen zu regen begonnen, worauf der Nationalliberale sich heimlich aber eilig befreit, das warme Plätzchen auf der konservativen Oberbank wieder einzunehmen. Dr. Friedberg erklärte, die Nationalliberalen würden im Plenum gegen das preussische Wahlrechtskompromiß

stimmen. — wenn ihnen nicht auf dem Gebiete der indirekten Wahl diejenigen Konzessionen gemacht würden, die sie für erforderlich halten. Wenn das Wenn nicht wäre! Die Bajerleute werden „für erforderlich halten“, was die Junker und Pfaffen wünschen und um das noch einmal festzustellen, hätten die Herren nicht erst nach Hildesheim fahren brauchen.

Die nachdrücklichere Form der Demonstration.

Zu einer gewaltigen politischen Kundgebung gestalteten sich am Montag nachmittag die Wahlrechtsdemonstrationen in Hanau. Um 4 Uhr nachmittags verließen zirka 5000 Arbeiter geschlossen ihre Arbeitsstätten und besetzten schnell sämtliche Räume des Gewerkschaftshauses. In drei Versammlungen referierten unter lebhaftem Beifall die Genossen Rudolf-Frankfurt, Wismann-Hanau und die Genossen Gesehr-Dortmund. Nach einstimmiger Annahme der vorgeschlagenen Resolution zogen die Massen unter den Gesängen der Arbeitermarxistkassette und Hochrufen auf das allgemeine Wahlrecht durch die Straßen Hanaus, überall Aufsehen erregend. Die Polizei verhielt sich reserviert.

Zwischen Waldenburg und Altwasser fand am Sonntag, wie der „Voss. Ztg.“ gemeldet wird, eine von etwa 7000 Personen besuchte Versammlung unter freiem Himmel statt. Eine Resolution wurde angenommen, in der die Bergleute den Generalstreik androhen für den Fall, daß das Wahlrecht nicht verbessert wird.

Die Herren von Jagow.

Dem „Berliner Tageblatt“ wird aus Halle a. S. von einem Jagow berichtet, der seines Berliner Namensbruders würdig ist. Es handelt sich um den Provinziallandtagsabgeordneten von Jagow, Landrat in Osterburg (Altmark). Der Landeshauptmann hatte in der Provinziallandtagsitzung dargelegt, daß man vor einer Steuererhöhung von 1 1/2 Prozent stehe, daß zur Erbauung einer neuen Landesheilanstalt in Erfurt zunächst drei Millionen und dann noch zwei Millionen nötig seien, daß zur Unterbringung der Sammlungen der Provinz der Bau eines Provinzialmuseums geplant werde, und daß für Lauchstedt mit seinem Klassikertheater 35 000 Mk. aufgewendet werden müßten.

Da erhob sich Herr v. Jagow und protestierte gegen die vielerlei unnützen Ausgaben, die jetzt in der neuen Zeit aufzutauchen:

„Den Ärzten in unseren Anstalten müssen wir strengste Sparsamkeit zur Pflicht machen. Brauchen denn die immer die neuesten und modernsten Instrumente? Sie sollen sich einrichten. Ärzte schreiben gern Rezepte, aber Berichte schreiben sie nicht gern. Eine ganz ärgerliche Ausgabe würde eine Bewilligung für Lauchstedt sein. Als wir das Theater übernahmen, hieß es, das kostet 20 000 Mark; nun will man schon wieder 35 000 Mk. haben. Die Übernahme der altschwäbischen Klosterstätte Krensdorf hat mir der Provinzialausschuß abgelehnt. Solch eine geistliche Stätte steht doch höher als Lauchstedt; wo Schiller und Goethe ihren legitimen und illegitimen Vergnügungen nachgingen. Und das Provinzialmuseum endlich! Da können wir doch einfach die einmal übernommenen Sammlungen irgendeiner Stadt, z. B. Magdeburg, Erfurt, Stendal oder Salzwedel übergeben. Die Straßenbauten kosten uns schweres Geld. Um einen Teil der Ausgaben wieder hereinzutreiben, wollen wir die Automobile mit einer gehörigen Abgabe belasten.“

Der Provinziallandtag nahm manche Ausführungen des Herrn v. Jagow mit schallender Heiterkeit auf.

Ausdehnung der preussischen Klassenlotterie auf Elsaß-Lothringen.

Dem Landesauschuß für Elsaß-Lothringen ist Dienstag der Entwurf eines Lotterie-Gesetzes zugegangen, das unter Ausschluß anderer Lotterien eine Ausdehnung der preussischen Klassenlotterie auf Elsaß-Lothringen bezweckt. Der entscheidende § 2 bestimmt, daß ohne Genehmigung des Statthalters Lose von Lotterien, die außerhalb Elsaß-Lothringens verankert sind, in Elsaß-Lothringen nicht verkauft werden dürfen. Der Statthalter ist außerdem ermächtigt, mit den Lotterieverwaltungen anderer deutscher Bundesstaaten Vereinbarungen über die Zulassung dieser Lose abzuschließen. Die preussische Lotterieverwaltung zahlt an die Elsaß-Lothringische Landeskasse für Zulassung der Lose der preussischen Klassenlotterie für die ersten fünf Jahre der Vertragsdauer nach einer vorläufig abgeschlossenen Vereinbarung eine jährliche Rente von 450 000 Mk., und für die folgenden Jahre für jedes Los einen Einheitsatz von 40 Mk. Die neue Vereinbarung soll zunächst für die Zeit bis zum 30. Juni 1925 abgeschlossen werden, und dann jedesmal stillschweigend für einen Zeitraum von fünf Jahren weiterlaufen.

Aus dem sächsischen Landtage.

In der Sitzung vom Dienstag stand zunächst ein Antrag der Nationalliberalen zur Beratung, der die Vermehrung der Wahlkreise für den Landeskulturrat verlangte. Es handelt sich um eine Zurückdrängung der Grundbesitzer zugunsten der Teilnahme kleinerer Grundbesitzer in dieser rein landwirtschaftlichen Körperschaft. Unsere Fraktion stimmte dem Antrage in der Tendenz zu. Die Debatte entwickelte sich zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen dem Bund der Landwirte und Bauernbund, als dessen Vertreter im Landtage sich die Nationalliberalen ausgaben. Der Antrag wurde der Gesetzgebungskommission überwiesen.

Ein weiterer Antrag der Mittelständler verlangt eine Million Mark zur Unterstützung der Handwerker-genossenschaften. Unsere Fraktion stimmte gegen den Antrag und Genosse Fleißner nahm Veranlassung, in scharfer Weise auf die Ungerechtigkeit der Behandlung der Konsumgenossenschaften hinzuweisen. Der Antrag wurde schließlich gegen die Stimmen der Sozialdemokraten der Finanzdeputation überwiesen.

In der Sitzung vom Mittwoch kam es zu stürmischen Szenen bei der Beratung einer Petition gemahregelter Eisenbahnwerkstättenarbeiter. Sie waren entlassen worden, weil sie im Verdacht standen, einer Gewerkschaft anzugehören. Unsere Genossen Wirth, der selber gemahregelter Eisenbahner ist, Feld und Richter brandmarkten das Vorgehen der Regierung gegen die Gewerkschaft der Eisenbahner in scharfer Weise. Von den bürgerlichen Parteien nahmen die Konservativen und die Natio-

nalliberalen die Regierung wegen ihres Vorgehens in Schutz. Die Freisinnigen stellten sich bedingungslos auf den Standpunkt unserer Partei. Der Minister erklärte, daß die Regierung nach wie vor so verfahren werde. Das löste einige Zwischenrufe gegen die Konservativen aus, die „Bravo“ gerufen hatten. Daraufhin erlaubte sich der Minister, von „Ungezogenheiten“ zu reden, die „er sich verbitte.“ Unsere Genossen, wie auch die Nationalliberalen und Freisinnigen erhoben hiergegen stürmischen Protest, sodaß längere Zeit der Präsident nicht in der Lage war, Ruhe zu schaffen. Genosse Fleißner, der sich ein für allemal solche Äußerungen des Ministers verbat, erhielt einen Ordnungsruf.

Vorher war ein Gesetzentwurf der Regierung beraten und der Kommission überwiesen worden, der die Errichtung von Gemeindeverbänden betrifft.

Rußland.

Fast dreitausend Hinrichtungen in einem Jahr. Die angesehenste juristische Zeitschrift „Prava“ hat die Angaben über die Anwendung der Todesstrafe während der letzten fünf Jahre in Rußland zusammengerechnet. Danach sind während dieses Zeitraums insgesamt 6288 Todesurteile verkündet worden, und 2855 Menschen sind tatsächlich dem Galgen verfallen. Im Durchschnitt kommen also auf jeden Monat je 104 Todesurteile und je 48 Hinrichtungen, aber es gab Monate, in denen die Zahl der Todesurteile bis zu 220 stieg. In bezug auf Hinrichtungen war insbesondere der Januar 1908 ein ereignisreicher Monat: da zählte man an einzelnen Tagen 11, 12 und sogar 19 Galgenakte. Nach der Anzahl der Hinrichtungen, meint die genannte Zeitschrift, erinnert dieses Jahr fünf an die blutigen Epochen des Mittelalters. Selbst die russische Geschichte kennt nur wenige Momente, in denen eine solche Fülle von Hinrichtungen zu verzeichnen gewesen wäre. So weit hat es eben die konstitutionelle Ära in Rußland gebracht.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 10. März.

Trinkt kein Lütkenburger Bier und Schnaps! Weil sich die Brauereiarbeiter der Firma D. H. Voss, Lütkenburg, organisiert, wurden sie ausgesperrt. Arbeiter melde das Bier und den Schnaps des Herrn D. H. Voss, Lütkenburg.

Schlummer geh's nimmer! Als vor einigen Tagen das Amtsblatt das Reichstagswahlrecht besudelt hatte und von uns darauf gebührend an den Pranger gestellt wurde, da suchte das behördliche Wurfteilwörterbuch den Anwurf in eine „historische Abhandlung“ umzubilden. Gestern bringen nun die „Lübeckischen Anzeigen“ einen Artikel, in dem die angebliche Schlichtigkeit des Reichstagswahlrechtes von einem deutschen „Recht“ sprecher dadurch „nachgewiesen“ wird, daß er sagt:

„das deutsche Gesetz stellt gegenwärtig selbst Räuber und Totschläger, Unholde, die sich an Klüden und wehrlosen Frauen vergriffen, Menschen, die durch ihren strafbaren Eigennutz den wirtschaftlichen Ruin ihrer ganzen Umgebung verschuldet haben, wahrhaftig gleich den rechtschaffensten und gemeinnützigsten Bürgern.“

Zu diesem Argument, das seine Wirkung auf Geistesfranke sicherlich nicht verfehlen wird, bemerkt das Amtsblatt triumphierend:

„Eine vernichtendere Kritik der demokratisch-radikalen Forderung des gleichen Wahlrechts für alle ist wohl kaum noch denkbar, sodaß sich ein weiterer Kommentar zu den obigen Ausführungen erübrigt.“

Uns scheint ein Kommentar zu obiger „Kritik“ gleichfalls überflüssig. Daß die „Lübeckischen Anzeigen“ sich dieselbe zu eigen machen, entspricht nur ihrem ureigensten hinreichend bekanntem Charakter.

Der Besuch des Stadttheaters bezifferte sich im Monat Februar an 28 Abenden auf 14 657 oder durchschnittlich auf 523 gegen 538 Personen im Februar 1909. Den größten Besuch (843 Personen) hatte „Der seltene Bauer“, den kleinsten (258 Personen) „Sphigene auf Tauris“. 3 Nachmittagsvorstellungen waren von 1755 Personen oder durchschnittlich 585 Personen besucht; eine Volksvorstellung („Die Ehre“) von 1037 Personen, eine Schülervorstellung („Minna von Barnhelm“) von 943 Kindern. Nach diesen Angaben ist der Besuch des Stadttheaters im Monat Februar etwas zurückgegangen. Wenn man berücksichtigt, daß die billigeren Plätze durchweg recht gut besucht sind und vielfach der vorhandenen Nachfrage bei weitem nicht genügen, so trägt einzig das sogenannte bessere Publikum, dem ja leider aller Sitz im Theater reserviert sind, die Schuld an der verhältnismäßig niedrigen Frequenz unseres neuen Musiktempels. Aus dieser Tatsache ist unserer Ansicht nach als einzig richtige Lehre zu ziehen, die Anzahl der billigeren Plätze zu vermehren und so den breiteren Bevölkerungsschichten mehr als bisher Gelegenheit zum Besuch des Theaters zu geben, dem die wohlhabenden Leute doch in der Regel fern bleiben.

Die Lübecker Genossenschaftsbücherei gibt soeben ihren Bericht für das Jahr 1909 heraus, der erfreuliche Fortschritte sowohl in der Benutzung dieses für die Arbeiter so wertvollen gemeinnützigen Instituts als auch bezüglich des Bücherbestandes aufweist. Es wurden im Berichtsjahre 26 462 Bücher entliehen gegen 17 538 im Vorjahre; die Zunahme beträgt demnach 8924 Bände. Die stärkste Benutzung wies der Monat Januar mit 3410 Bänden auf, die schwächste der Juli mit 1430. Auf die einzelnen Abteilungen entfielen entliehene Bücher: Volkswirtschaft und Politik 676 Bände, Gesetzbücher und Rechtswissenschaft 48 Bände, Geschichte 1417 Bände, Philosophie, Religion, Schule, Kunst 312 Bände, Naturwissenschaft 735 Bände, Gesundheitspflege 250 Bände, Erdkunde und Reisebeschreibungen 1471 Bände, Fachwissenschaft (Technik) 341 Bände, Unterhaltungslektüre mit Anhang 2122 Bände. Lesarten wurden ausgestellt an 1735 Personen. Der Bücherbestand hat sich durch Neuaufschaffungen und Geschenke um 532 Bände von 4928 auf 4910 Bände erhöht. Es ist wohl mit Sicherheit anzunehmen, daß der so erheblich vermehrte Lesestoff auch eine erhebliche Steigerung der Benutzung im Gefolge haben wird. In der Lesesalle liegen aus 37 Tageszeitungen, 22 Gewerkschaftsblätter und 86 Zeitschriften. Besucht wurde die Lesesalle von rund 5000 Personen, doch kann diese Ziffer auf Genauigkeit keinen Anspruch machen, da der Besuch nicht immer genau kontrolliert werden konnte. Diese wenigen Daten beweisen, daß mit der Errichtung der Genossenschaftsbücherei und Lesesalle einem tatsächlich vorhandenen dringenden Bedürfnisse entsprochen worden ist. Wissen ist Macht! Und dieses Wissen können die Arbeiter sich durch das Studium guter Bücher erwerben.

Die Lübecker Genossenschaftsbücherei e. G. m. b. H. hielt am 9. März ds. Jz. ihre Generalversammlung für das Jahr 1909 ab. Geschäftsführer Genosse P. Pope. Letzter den

Geschäftsbericht vor und betonte, daß der Umsatz trotz der verhältnismäßig schlechten Geschäftslage und der großen Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vorjahre um 58.000 Mk. gestiegen sei, derselbe betrug 1.041.541,89 Mk. Der Bruttogewinn betrug 387.014,91 Mk., der Warenderbrauch 676.176,45 Mk., an die 313 Niederlagen wurden 142.578,45 Mk. Prozente gezahlt, die Betriebskosten, Reparaturen, Zinsen und Abgaben betragen 175.409,24 Mk.; es verbleibt ein Reingewinn von 47.400,75. Abschreibungen auf Grundstücke, Maschinen, Inventar, Werkzeuge und Wagen wurden in Betrage von 21.996,87 Mk. vorgenommen. Verbraucht wurden 24.239 Sack Mehl. In der eigenen Mühle wurden 19.768 Sack Getreide vermahlen. Das Spareinglagen-Konto, welches auch für Nichtmitglieder eröffnet ist, wurde gut benutzt. Eingezahlt wurden 91.761,33 Mk.; es hat eine Höhe von 229.795,78 Mk. erreicht. Die Summe der Aktiva und Passiva beträgt 689.026,29 Mk. Der Geschäftsbericht wurde genehmigt und dem Vorstand Entlastung erteilt. Der verbleibende Reingewinn soll wie folgt verteilt werden: Die Mitglieder erhalten für ihr Geschäftsguthaben 20 Proz. in Brotmarken a 50 Pf., dem Unterstützungsfonds werden 2500 Mk., der Genossenschaftsbücherei 2500 Mk. überwiesen, zur Verteilung an die Arbeitslosen wurden für 6000 Bröte a 50 Pf., 3000 Mk. zurückgestellt. Ferner sind zu überweisen 300 Mk. der Arbeiterbildungsschule, der Ferienkolonie 150 Mk., dem Diakonissenheim 150 Mk., der Waldschule 150 Mk., der Idiotenanstalt 150 Mk., der Hilfsorganelle für Lungentranke 150 Mk. Die Niederlagen erhalten für die an die Bäckerei abgeführten Beträge 1 Proz. Rückvergütung, die in der Bäckerei beschäftigten Personen 3 Proz. von ihrem empfangenen Lohn. Der Rest wird dem Baukonto überwiesen. Das ausstehende Aufsichtsratsmitglied Genosse Luckmann wurde wiedergewählt.

Die linksliberale Einigung und Schleswig-Holstein, Hamburg, Lübeck. Die Delegierten der Bezirke Schleswig-Holstein, Hamburg und Lübeck hielten am Sonnabend im Reichstage eine Versammlung ab, um über die Organisation der genannten Bezirke in der neuen gekelten Partei zu beraten. Abg. Justizrat Waldstein (Altona) erläuterte den Plan, wie nach dem Organisationsstatut der neuen Partei die Verhältnisse in den genannten Bezirken zu ordnen seien. Der betreffende Passus des Organisationsstatuts lautet: „Den Ortsvereine oder Bezirksverbänden steht es frei, sich zu Landesverbänden zusammenzuschließen.“ Es handelte sich nun darum, ob man, wie bisher, Schleswig-Holstein, Hamburg und Lübeck als zusammengehörig oder jeder Bezirksverband für sich bleiben sollte. Redner empfiehlt, einen Landesverband Schleswig-Holstein, Hamburg und Lübeck mit dem Sitz in Hamburg unter Leitung des Herrn v. Eiden zu gründen und innerhalb dieses Landesverbandes Bezirksverbände mit ihren speziellen Aufgaben. Wie sich diese Bezirksverbände bilden, ist deren Einzelsache; darüber sind noch besondere Verabredungen zu treffen. Der Landesverband hat für die Parteitage, ferner für die Anstellung der Parteisekretäre zu sorgen, endlich die finanzielle und politische Oberleitung zu übernehmen. In der Debatte wies Leube (Altona) darauf hin, daß er schon vor langen Jahren dafür gestrebt habe, daß Hamburg Vorort für den Landesverband werde; es habe immer die geistige und finanzielle Oberleitung gehabt. Auch die beiden Parteisekretäre müßten in Hamburg bleiben. Es wurde schließlich nach Vorschlag vom Abg. Dr. Struwe beschossen, die Leitung des Bezirksverbandes Hamburg der Freisinnigen Volkspartei und den Vorstand der Deutsch-Freisinnigen Partei in Schleswig-Holstein unter Einziehung von Vertretern des liberalen Vereins in Hamburg zu beauftragen, sich mit dem geschäftsführenden Vorstand der Fortschrittlichen Volkspartei in Verbindung zu setzen, um schließlich einen Parteitag nach Neumünster zu berufen. Ein Arbeitsausschuß wurde zur Vorberatung dieser Arbeiten eingesetzt.

Schwere Briefe, Postchecks und Paketadressen. Briefe dürfen bekanntlich nur 20 Gramm schwer sein, sonst werden sie von der Post nicht befördert. Mitunter werden nun schwerere Briefe doch von der Aufgabepostanstalt verschickt, abgesehen und das Übergewicht wird erst am Bestimmungsorte bemerkt. Das Reichspostamt hat jetzt angeordnet, daß solche Briefe dann nicht nach dem Aufgabepostamt zurückgeschickt, sondern ausnahmsweise dem Empfänger zugestellt werden. Voraussetzung ist dabei, daß dieser bereit ist, den Unterschleßbetrag zwischen dem Werte der versendeten Freimarken und dem Paketporto nebst Bestellgeld oder bei unfrankierten Sendungen die volle Gebühr für Pakete zu entrichten. Verweigert der Empfänger die Annahme, so werden die Sendungen nach dem Aufgabepostamt zurückgeschickt, das nachträglich ausgeworfene Porto aber nicht angeht. — Für Kaufschreiben wegen Sendungen des Postverkehrs, also wegen Zahlkarten, Checks und Überweisungen ist nach einer neuen Entscheidung des Reichspostamts die dafür festgesetzte Gebühr zu entrichten. — Die Postpaketadressen sind neuerdings auf der Trennungslinie zwischen der Paketadresse und dem Abschnitte versuchsweise durchlocht worden. Die Neuvering hat sich bewährt und soll dauernd beibehalten werden. Auch die von der Privatindustrie hergestellten Formulare sollen in Zukunft ebenso hergestellt werden. Bis auf weiteres werden aber Formulare ohne Durchlochung nicht beanstandet.

Holzverkäufe am Montag, dem 14. d. Mts., vorm. 10 Uhr im Kaffeehaus von Wiese in Friedrichsdorf aus den Forstorten Kassebruch, Lustholz, Tilsenkrug, Steinkrug, Schwärten, Kriempehl, Dorfmoorholz, und Sturbusch. Holz-Nr. 939—1145. 2 Km. Eichen-Klust, 3 Km. Eichen-Knüttel, 14 Km. Eichen-Wähele, 2 Mtr. lang, 4 Km. Hainbuchen- und Buchen-Klust, 17 Km. Hainbuchen- und Buchen-Knüttel, 169 Hm. Hainbuchen- und Buchen-Busch, 30 Hm. Erlenz-Busch, 20 Hm. Eichen-Busch. Spezielle Verzeichnisse sind vom 8. März an zu beziehen von der Stadtkasse, den Forstbeamten zu Alt-Lauerhof und Westoe. Am Sonnabend, dem 19. März d. J. beim Gastwirt Ehlers in Behlen-dorf, 1. von vormittags 10 Uhr ab aus den Forstorten: Krogen, Langenborn, Taubenberg, Verkenfrücken, Absfelder Tannen und Absfelder Berg, Nr. 800 bis 950. 154 Haufen Buchen- und Eichen-Buschholz, 42 Haufen trockenere Kiefern-Stangenbuchholz, 2. von nachmittags 2 Uhr ab aus den Forstorten: Harnsdröffer Busch, Hinkelwädhlen, Krogen, Langenborn, Taubenberg, Ganzrehn, Verkenfrücken, Absfelder Tannen und Absfelder Berg, 940 Km. Buchen-Klust und Knüttel, 57 Km. Eichen-Klust und Knüttel, 28 Haufenmeter Weichholz-Klust und Knüttel, 129 Km. Fichten-Klust und Knüttel, ad. 2: spezielle Verzeichnisse liegen vom 12. d. Mts. ab auf der Stadtkasse, beim Förster Hoffmann in Absfelde und im Verkaufslokal aus. Am Freitag, dem 18. März d. J. von vormittags 11 Uhr ab in der Gastwirtschaft von Siemers in Nisse aus den Forstorten: Peverland, Dachsberg, Hohenholz, Grünrade, Mannhagen, Siegen, Fuchsberg, Damm und Poggensee: 20 Km. Eichen-Klust und Knüttel, 1043 Km. Buchen-Klust und Knüttel, 59 Km. Eichen-Rollen, 2 Mtr. lang, 68 Km. Knüttel, 1 Mtr. lang, 8 Km. Fichten-Klust und Knüttel. Spezielle Verzeichnisse liegen vom 12. d. Mts. ab auf der Stadtkasse, beim Holzvogt Lucas, im Verkaufslokal und auf der Revierförsterei aus.

Erstattung von Invalidenversicherungsbeiträgen bei Unfällen. Wenn Invalidenversicherungspflichtige Personen durch einen Betriebsunfall dauernd erwerbsunfähig werden

und ihnen wegen des Bezuges der Unfallrente eine Invalidenrente nicht zufließt, so kann ihnen auf ihren Antrag die Hälfte der für sie entrichteten Invalidenversicherungsbeiträge erstattet werden. Diese an sich wohlmeinende Gesetzesvorschrift kann, wie es auch hinsichtlich der weiblichen Personen, die sich infolge ihrer Verheiratung die Hälfte der für sie geleisteten Invalidenversicherungsbeiträge erstatten lassen, der Fall ist, für die Beteiligten unter gewissen Umständen von wesentlichem Nachteil sein. Hierüber hat sich das Reichs-Versicherungsamt kürzlich wie folgt geäußert: Erleidet ein Versicherteter einen schweren Betriebsunfall, so ist er begreiflicherweise leicht der Vorstellung zugänglich, daß er niemals wieder in stande sein werde, mindestens ein Drittel des Lohnes gleichzeitiger Arbeiter zu erzielen, und die Abfindung aus der Kasse einer Versicherungsanstalt in Höhe der Hälfte der Beiträge wird ihm als Zufluß zur Bestreitung des Lebensunterhalts um so mehr willkommen sein, als mit dem Verlust der Lohnbezüge in der Regel aufhört und die Krankenkasse diesen Verlust nur teilweise deckt. Und doch gibt es zahlreiche Fälle, in denen durch ein glückselig verlaufenes Heilverfahren, durch die Widerstandsfähigkeit des Verletzten, schließlich auch durch Anpassung und Gewöhnung Unfallfolgen, von denen man zunächst eine völlige Vernichtung der Arbeitskraft befürchten mußte, zu einem erheblichen Teile überwunden werden. Wird dann z. B. die Unfallrente auf 50 v. H. der Vollrente herabgesetzt und hat sich der Verletzte die Hälfte der Beiträge erstatten lassen, so kann er auf Invalidenrente keinen Anspruch mehr erheben, wenn er demnach durch eine Krankheit oder einen sonstigen Vorgang von neuem erwerbsunfähig wird. Aber auch eine Erhöhung der Unfallrente kann er nicht verlangen, wenn die Verschlimmerung des Gesamtzustandes mit dem Unfälle nicht im ursächlichen Zusammenhang steht. Von ganz schweren Fällen abgesehen, wird es daher für den Versicherten in der Regel vorteilhafter sein, den Antrag auf Beitragserstattung nicht zu stellen. Dabei braucht der Versicherte auch nicht zu befürchten, daß die Anwartschaft aus den bis zum Unfall geleisteten Beiträgen (das Recht auf Invalidenrente, Heilfürsorge usw.) erlischt, wenn er einige Jahre im Anschluß an den Unfall sich der Lohnarbeit enthält. Denn der Bezug einer Unfallrente von mindestens 20 v. H. hindert das Erlöschen der Anwartschaft. Geht der Verletzte allerdings, nachdem er sich von den Unfallfolgen erholt hat, wieder zur Beschäftigung von Lohnarbeit über, so müssen für ihn auch wieder Invalidenversicherungsbeiträge entrichtet werden, ungeachtet des Bezuges der Unfallrente.

Kontursveröffnung. Über das Vermögen des Kaufmanns E. H. Wagner in Lübeck, Nügitzstraße 41, ist am 9. März 1910, vormittags 10 1/2 Uhr das Konkursverfahren eröffnet worden. Der Rechtsanwalt Jacobsohn in Lübeck wurde zum Konkursverwalter ernannt.

Einbruchsdiebstahl. In der Nacht vom 8. zum 9. d. Mts. ist bei einem Wirt in Schönböken ein Einbruchsdiebstahl ausgeführt worden. Gestohlen sind 5 Pfd. Schweinefleisch, 4 Eier, 3 Flaschen Rum, 2 Flaschen Rotwein, 1 Topf mit 20 Pfd. Schweinefleisch, 2 Pfd. Holländer Käse, 1 Pfd. Mettwurst, 3 Pfd. Schokolade in Plättchen, 4 Pfd. Würfelzucker und 1 Stiefel Kluchen. — In Sarau sind mittelst Einbruchs in der Nacht vom 8. zum 9. d. Mts. 18—20 Pfund geräucherter Mettwurst, 1 Paar lange Stiefel, 2 Paar halblange Stiefel, 3 Paar Schnürstiefel und 1 Paar Fugistiefel gestohlen worden. Die Stiefel sind sämtlich neu beschliffen.

Festgenommen wurde ein hiesiger Bäckertnecht, der seinen Arbeitgeber betrogen hatte und ein Reisender aus Wüstrow, der sich in Kassel der Urkundenfälschung schuldig gemacht hatte.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Morgen Freitag kommt Vorhings komische Oper „Far und Zimmern“ zur letztmaligen Wiederholung. Am Sonnabend geht bei kleinen Preisen Gustav Frentags Lustspiel „Die Journalisten“, welches mit so großem Beifall aufgenommen wurde, nochmals in Szene. Die Premiere des neuesten Operettenschlagers „Der Graf von Luxemburg“ von Lehár findet am Sonntag statt. Die reizvolle Operetten-Neuheit hat schon in Wien einen großen Erfolg erzielt.

Wahl. Von der Gemeindeversammlung in Düchelsdorf ist das bisherige Mitglied des Gemeindevorstandes, Dreiviertel-Düner F. F. W. Boß in gleicher Eigenschaft auf die gesetzliche Amtsdauer von 6 Jahren wiedergewählt worden. Das Stadt- und Landamt hat die Wahl bestätigt.

Schluss. Parteiversammlung. Wir wollen an dieser Stelle auf die Sonntag nachmittags 4 Uhr bei Freese stattfindende Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins hinweisen. Genosse Dr. Schlomer-Lübeck wird einen Vortrag über das Thema: „Was und wie soll der Arbeiter lesen?“ halten und dabei wertvolle Anregungen über die Einrichtung unserer neuen Bibliothek geben, auf die unsere Mitglieder nochmals aufmerksam gemacht werden sollen. Es ist die Pflicht jedes Genossen, in der Versammlung zu erscheinen. Auch die Frauen sind eingeladen.

Schwartau. Die Sprechstunde des Arbeiterssekretariats findet morgen Freitag, dem 11. März, abends von 5 bis 8 Uhr im Lokale des Herrn Pinkert, „Gasthof Transvaal“, statt.

Schönberg. Mittelalterliches. Daß für alle Hausbesitzer einer Stadt in heutiger Zeit noch die Bestimmung bestehen kann, daß sie Sonntags mit dem Klingelbeutel in der Kirche umhergehen müssen, sollte man eigentlich kaum für möglich halten. Hierorts besteht diese Verpflichtung tatsächlich noch, wie durch oberlandesgerichtliches Urteil in Kassel entschieden worden ist. Jeder Hauswirt ist angehalten, 14 Tage lang in der Kirche den Klingelbeutel herumzutragen. Wer das nicht will, der muß eine Abfindungssumme zahlen. Mehrere Hausbesitzer hatten es auf einen Prozeß der Kirche ankommen lassen. Die Angelegenheit durchlief alle Instanzen, wobei natürlich Jahre hingingen und die Kosten recht erheblich anwuchsen. Wurden doch allein vom Oberlandesgericht rund 50 Zeugen vernommen. Abgesehen davon, daß die Kirche von den Schönberger Hausbesitzern nicht nur die Arbeit, sondern sie sorgt auch für Anzug und für Schuhe der Klingelbeutelträger. Diese dürfen während ihrer Amtstätigkeit an einem Sonntag im Jahre an dem sog. „Klingelbeutelchmaus“ teilnehmen und außerdem erhält jeder im Jahre einen Schuh bzw. den Wert eines solchen in bar (5 Schilling). Diese Klingelbeutel-Angelegenheit paßt so recht zu den mittelalterlichen Verhältnissen, wie sie gegenwärtig in Mecklenburg noch bestehen.

Hamburg. Ein Unglücksfall mit tödlichem Ausgang ereignete sich Mittwoch vormittag im Betriebe der Firma Allmann u. Co. am Gerholzdam. Beim Abladen von Holzern auf den am Kai liegenden Dampfer „Elba“ traf eine Hebe zwei der beim Laden beschäftigten Schauerleute und warf sie zu Boden. Da beide besinnungslos liegen blieben, wurde Zug 3 der Feuerwehr um Hilfeleistung ersucht. Die Feuerwehrkameraden legten beiden Verunglückten Notverband an, worauf sie ins Hafentrunkenhau-

geschafft wurden. Auf dem Transport nach dort verstarb einer der Verunglückten, der in Altona wohnende Schauer-mann A. Krüger. — Eine Arbeits-einstellung im Tapezierergewerbe steht infolge des hastigen Verhältnisses der Innung, die jede Verhandlung mit der Heilfessionorganisation ablehnt, bevor. In der Versammlung der Tapeziererhilfen von Hamburg-Altona-Wandsbek, in welcher über den Tarif eingehend diskutiert wurde, gelangte ein Antrag zur Annahme: in allen Werkstätten, wo die Forderungen nicht anerkannt sind, am 12. März zu kündigen, und am 16. März die Arbeit einzustellen. — Aufsteig und Unfall des Lenkballons „Ruthen-berg“. Bei herrlichem Frühlingsschnee stieg Mittwoch vormittag kurz nach 9 Uhr der Saaleische Lenkballon „Ruthen-berg“ vom Heiligengeistfeld auf. Der Ballon flog unter Führung des Luftschiffers Brunner und des Ingenieurs Kromer, der den Motor bediente, zunächst über die Stadtkirchweg. Nachdem er einige Manöver mit Sicherheit ausgeführt und von den Menschenmassen, die sich auf allen freien Plätzen rasch ansammelten, mit großem Jubel begrüßt worden war, zog er über die Alster hinweg und war sehr bald in der Richtung nach Ohlshorf den Blicken entschwunden. Selber sollte die Fahrt bald ein gewalttames Ende finden. Hinter Hummelbüchel, in der Nähe von Langenhorn, stellte sich ein Defekt des Motors ein. Eine dazu einwirkende starke Windströmung trieb den Ballon immer weiter fort, der nun völlig manövrierunfähig geworden war. Der Wind trieb den „Ruthenberg“ schließlich gegen einen Baum, die Ballonhülle riß, das Gas strömte aus und der Ballon mit seinem Insassen stürzte, allerdings nur aus geringer Höhe, auf einen Aker beim Moor an der Langstedter Landstraße zu Boden. Die beiden Insassen blieben unversehrt. Die Ballonhülle, sowie die Montierung usw. sind zerstört, nur der Motor ist unbeschädigt. Dieser, sowie die übrigen Trümmer des Luftschiffes wurden nach der Stadt zurückbefördert.

Hamburg. Schiffszusammenstoß in der Elbmündung. Fünf Seeleute ertranken. Der deutsche Gaffelschoner „Gertrud“, Kapitän Schraackhaas, mit einer Salzladung von Harburg nach England bestimmt, kollidierte Dienstag nacht beim zweiten Feuerstöße mit dem von Neuyork einkommenden Dampfer „Pennsylvania“. Der Schoner ist gesunken. Der Kapitän und vier Mann ertranken. Der Steuermann wurde durch das Rettungsboot des zweiten Feuerstöße gerettet. Über die Einzelheiten des schweren Unglücks wird berichtet: Die „Gertrud“ verließ am Montag mittag mit einer Ladung Salz, nach England bestimmt, den Hamburger Hafen und segelte der Elbmündung zu. Am Dienstag abend zwischen 10 und 11 Uhr, als sich das Schiff unweit des vierten Elbe-Feuerstöße befand, kam der große Dampfer „Pennsylvania“, Kapitän Rüb, der Hamburg-Amerika-Linie, von Neuyork heimkehrend, elbaufwärts und rannte den Schoner demnach an, daß er ihn mitten durchschnitt. Das Segelschiff sank sofort in die Tiefe. Der Führer der „Pennsylvania“ ließ sofort die Maschine stoppen und ging dann in der Nähe der Unfallstelle zu Anker. Die Kollision war bei dunkler Nacht erfolgt. Von dem Dampfer wurden nun sofort alle Rettungsringe und Leuchtbojen ins Wasser geworfen. Nach etwa einer halben Stunde konnten auch die Boote ausgehakt werden. Man suchte nun die ganze Strecke ab, konnte jedoch nur einige vom gesunkenen Schiffe auftreibende Gegenstände sehen. Unter diesen war auch vom Elbe-Feuerschiff ein Rettungsboot herbeigezogen, dessen Mannschaft es gelang, den Steuermann Kaniker des untergegangen Schiffe, der eine Boje der „Pennsylvania“ erfaßt hatte, zu retten. Auf der Stelle, wo der Schoner „Gertrud“ gesunken war, ist sofort ein Wrackschiff ausgelegt worden. Der ertrunkene Kapitän Schraackhaas hinterläßt eine Frau und ein Kind von einem halben Jahr. Er war lange Zeit als stellvertreter Steuermann hier heringelaufen und hat als letzter Rettungsanker sich den kleinen Schoner „Gertrud“ gekauft, mit dem er jetzt in den Tod gegangen ist. Die Namen der anderen Ertrunkenen sind der Koch von Holt, der Leichtmatrose Weidenbeck und die Schiffsjungen v. Gortowitz und Probst. Wie nachträglich noch aus Cuxhaven gemeldet wird, soll der Zusammenstoß des Schoners „Gertrud“ mit dem Dampfer „Pennsylvania“ dadurch entstanden sein, daß die „Gertrud“ mit einem falschen Manöver vor den Bug der „Pennsylvania“ segelte sei. Trotzdem die „Pennsylvania“ rechtzeitig ausgewichen sei, habe sich der Zusammenstoß nicht mehr vermeiden lassen.

Harburg. Glänzend freigesprochen wurde von der Strafkammer in Stade der hiesige Arbeitersekretär Genosse Karl Müller. Er hatte sich wegen angeblicher Verleumdung zum Meineid zu verantworten, die er bei Erteilung einer Auskunft begangen haben sollte. Die Beweisaufnahme ergab nicht das mindeste Belastende gegen Müller. Der Staatsanwalt beantragte darauf selbst die Freisprechung. Das Gericht erkannte demgemäß und außerdem auf Erstattung der notwendigen Auslagen.

Nord-schleswig. Ein Schicksalstag. Den Grenz-aufsehern des Kreises Hadersleben wurde kürzlich von der vorgesetzten Behörde — aus welchen Gründen, ist unbekannt — eine aus den dreißiger Jahren des vergangenen Jahrhunderts stammende Dienstvorschrift ins Gedächtnis zurückgerufen, nach der sie das Recht haben, auf Personen, die die Grenze überschreiten und auf den Anruf: „Halt! Grenz-beamte“, nicht stehen bleiben, zu schießen. Diese an russische Grenzverhältnisse erinnernde alte Dienstvorschrift, die den Grenzbeamten ein so weitgehendes Recht einräumt, und geeignet ist, den regen Grenzverkehr zwischen Nord-schleswig und Dänemark zu erschweren, hat die dänischen Grenz-behörden zu einer Warnung veranlaßt, deren Inhalt nicht gerade davon zeugt, daß der Erlass des preussischen Landrats drüben einen guten, dem freundschaftlichen Verhältnis zwischen Preußen und Dänemark entsprechenden Eindruck hinterlassen hat. Die preussische Behörde wird sich nun darauf berufen, daß derartige Vorschriften an allen Grenzen bestehen und sich nur gegen Schmuggler richten. Die dänische Bevölkerung wird aber — ungeachtet der ungläublichen Art und Weise, wie sie von der preussischen Regierung behandelt wird — den Erlass als eine gegen die Dänen gerichtete Schikane betrachten. Die Gefahr liegt also nahe, daß bei rigoroser Anwendung dieser Dienstvorschrift harmlose Dänen, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind und infolgedessen dem unverständlichen Jurisprudenz der Grenzbeamten nicht Folge leisten, von diesen einfach niedergeschossen werden. Es ist deshalb mindestens zu fordern, daß der Jurisprudenz der Grenzbeamten auch in dänischer Sprache erfolgt.

Bremen. Auswanderer auf Argodampfern. Dem „Seemann“ wird aus Bremen geschrieben: Mit dem Wiedereintritt einer besseren Konjunktur steigert sich auch der Bedarf an Arbeitskräften. Amerika erholt sich langsam, aber ständig von der Krise und bedarf wieder billiger und williger Arbeitskräfte, welche es sich aus Rußland und den übrigen slavischen Ländern importiert. Um aus dieser Massenauswanderung genügend Kapital zu schlagen, wird an Bord jedes Blätchen ausgewogen, um den Anforderungen der Massenbeförderung gerecht zu werden und der Profit zu steigern. Charakteristisch sind in dieser Beziehung die Zustände an Bord der Dampfer „Reiter“ und „Albatros“ der Argo-Gesellschaft. Sie sind in der Regel für 30 bis 40 Personen dritter Klasse eingerichtet; bei

dem jehigen Andrang, befördern sie aber 70 bis 80 Personen! Diejenigen, welche keine Unterkunft im Zwischenbecken finden, werden einfach im Laderaum untergebracht! Die Zustände in diesen Räumen spotten jeder Beschreibung. Für alle Zwischenbecker, Männer und Frauen, sind nur zwei Klozetts vorhanden, welche sich auch noch auf Deck befinden. Für die Seekranken ist nicht einmal ein Speckboden angebracht. Da kann sich ein jeder selber selbst anmassen, wie es in diesen nur spärlich erleuchteten Räumen ansieht. Auch sind keine Heizungsanlagen vorhanden, und da von der Heerde nur eine dünne Decke geliefert wird, so sind die Leute gezwungen, sich immer bekleidet in die Kojen zu legen, wenn sie nicht sämmerlich frieren wollen. Die Kojen sind so zwei oben und unten zusammengekoppelt und haben außer der Decke nur einen Strohsack als Unterlage. An Verköstigung wird fast ausschließlich Kartoffeln, Weizn und Schwarzbrot gegeben. Und für diese circa sechshundertfünfzig stündige Fahrt werden 21,50 Mk. in der dritten und 28 Mark in der zweiten Klasse gezahlt. Aber auch die Fahrgäste der zweiten Klasse klapieren in denselben Räumen und erhalten nur eine bessere Verköstigung als die dritte Klasse. Kömte die zuständige Behörde nicht gegen diese unerhörten Zustände einschreiten? Es ist doch nicht anzuschließen, daß die Seeleute, welche mit der Reinigung dieser Räume und der Bedienung der Leute zu tun haben, mit Krankheitskeimern infiziert werden und so eine Gefahr für die Mannschaft, und darüber hinaus für die Landbevölkerung bilden. Außerdem sind diese Verhältnisse in sittlicher Beziehung nicht einwandfrei. — Solche Zustände fördern die Unzufriedenheit der Leute an Bord, sie wirken aufreizend und erzeugen den Klassenhaß dort, wo er noch keine Stätte gefunden hat, sowohl bei den Schiffsmannschaften als auch bei den Auswanderern selbst.

Wenn sie sehen, wie auf der einen Seite die Arbeiter, welche doch in erster Linie alle Reichthümer schaffen, wie Frachttgut verladen werden, während die reichen Nichtstuer der ersten Klasse mit größter Zuverlässigkeit behandelt werden und allen Komfort genießen, so muß jedem, der sich noch einen Funken menschlichen Mitgeföhls bewahrt hat, die Horneströme ins Gesicht steigen.

Bremen. Ein Schiffsjunge ertrunken. Am Hafen 1 im Dienst nach der Schiffsjunge eines dort liegenden Oberweserfahrtes ertrunken. Der Schlepplahn hatte ein Loch, deshalb mußte der Schiffsjunge pumpen. Plötzlich hörte der Schiffer einen Gegenstand ins Wasser fallen. Er eilte an Deck und sah den Schiffsjungen im Wasser liegen. Sofort schob er ihm einen Schiebbaum zu, doch vermochte sich der Junge daran nicht zu halten. Er sank mit und konnte erst nach etwa einer Stunde als Leiche aus dem Wasser gezogen werden.

d. Kopf 0,20—0,50 Mk., Kohl 100 Pfd. — Mk., Gärten 100 Pfd. — Mk., Zwiebeln, hiesige, Pfd. — Mk., Krenzel verschiedene pr. 100 Pfd. — Mk., Blaumen, pr. 100 Pfd. — Mk., Kirichen Pfd. — Pfg., Kartoffeln pr. 10 Pfund 45—65 Pfg., Mand Pfd. — Pfg.

Butter-Motierungen

d. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein.
Butter-Auktion des ostholsteinischen Meterel-Verbandes.

Hamburg, 9. März.

1. Klasse 248 Drittel zu 148,78 Mk. im Durchschnitt.
2. „ 28 „ 148,61 Mk.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 9. März.

Vauern-Butter Pfd. 1,30—1,40 Mk., Meterel-Butter Pfd. 1,55 Mk., Käse — — — — — Mk., Eulen 3,50—4,00 Mk., Gähner 2,00—2,70 Mk., Käsen Stk. — — — — — Mk., Lauben Stk 0,55—0,65 Pfg., Gänse Pfd. — 0,75 Mk., Nittelaus 2 Mk., Schinken Pfd. 1,00—1,10 Mk., Schweinestopf Pfd. 55—65 Pfg., Wurst Pfd. 1,20—1,40 Mk., Eier 9 u. 10 Stk 60 Pfg., Deringe 4 St. 10 Pfg., Dorsche genfl., Süßwasserfische genfl., Karpfen Pfd. 1,00—1,10 Mk., Geräuch. Lachs Pfd. 1—2 Mk., Schleie Pfd. 1,40—1,60 Mk., Brachsen — Pfg., Sechte Pfd. 70—80 Pfg., Barsche Pfd. 70— Pfg., Hal Pfd. 1,00 Mk., Karaulischen Pfd. 50 Pfg., Gemüse genfl., Blumenkohl,

Literarisches.

Der „Bibliophet“ Nr. 9 (März 1910) ist soeben erschienen. Die zehn Seiten starke Nummer hat folgenden Inhalt: Die Jugendbibliothek in Ottafing. — Die Küche der Volkseinde und Dunkelkammer. Von Danauer. — Zur Bibliotheksverwaltung. Von C. Kautsch, Wien. — Zusammenstellung der Bücherbesprechungen. Von Jhl. — Bücherbesprechungen. — Bibliotheksberichte: Augsburg, Berlin, Bernburg, Halle a. d. Saale, Köln, Leipzig. — Bericht über die Resultate der Umfrage über die Arbeiterbibliotheken Deutschlands. Der Bezugspreis für die reichhaltige Zeitschrift beträgt nur 2 Mk. im Jahre.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Böwling, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelzen. Verleger: Th. Schmarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Vertolbie:
Minna Scheel
Johannes Plagmann.
Stoetefeld. Krempeltdorf.

Möbliertes Zimmer
zu vermieten Marienstr. 8. II.
Gut erhaltenes Fahrrad mit
Torpido billig zu verkaufen
Schwartauer Allee 99.

Zu vermieten ein freundlich mö-
birtes heizbares Zimmer
Langereibe 11 (Barator).

Zu vermieten per sofort oder zum
1. April mehrere Zwei- und Drei-
Stubenwohnungen im Preise von
220 bis 300 Mk.
Näh. Rottwischstraße 48, part. rechtl.

Zum 1. April mehrere Drei-
zimmer-Wohnungen zu vermieten
Soltaustraße 14. Robert Wolgast.

Ein tüchtiger Kolporteur
für Verbreitung verschiedener Zeit-
schriften zc. für Südtor, Mühlen-
tor und einen Stadtteil sofort ge-
sucht.
Offerten unter „Kolporteur“ an
die Exped. d. Bl. erbeten.

Eine junge kräftige Frau sucht
Beschäftigung im Reinmachen oder
Waschen Klappenstraße 16, part.

Tüchtige Anlegerin
gesucht.
Werner & Hörnig,
Buchdruckerei.

Fahrrad, gut erhalten,
billig.
Ed. Rieck, Hackenburger Allee 46 c.

Eine gebrauchte Pflanz (Marke
Menzenhauer) zu kaufen gesucht.
Ang. mit Preisang. u. G L 20
an die Exp. d. Bl.

Ein sehr guterhaltener
Sommerfahrrad
passend für eine Konfirmandin, billig
zu verkaufen
Bilowstraße 1. II.

Zu verkaufen ein Kinderwagen
(Gummireifen)
Johannisstraße 80, Hinterh., I, 1.

Ein guterhaltener blauer Kasten-
wagen auf Gummi zu verkaufen
Geverdesstraße 59.

Hochfeine Tafelbutter
— absolut reinschmeckend —
per Pfund **nur** Mk. **1.45.**
Auf Wunsch frei Haus.

Central-Molkerei Rostock.

Filialen Lübeck: Breitestraße 11 — Fernspr. 1910 — Moislinger Allee 2.

Rosenpflanzkartoffeln zu ver-
kaufen, Fab 50 Pfg.
Vorbeckstraße 18 a.

Ein Sossatisch (Lombolagewin) zu
verkaufen Weithoffstr. 20, II.

Zu verkaufen eine dreifache Gar-
monifa, Preis 30 Mk. (Neuwert
80 Mk.) Kraufelstraße 16, I.

Ein guterhaltener Kinderwagen
mit Gummireifen zu verkaufen
Wakenhauer 8.

Ein altes Sofa, gradebnig, zu
verkaufen Fuchtmalstraße 37, I.

Magdeburger Pflanzkartoffeln
und ein hübscher Sahu zu verkaufen
Friedenstraße 93.

Eine tragende Bioge billig zu
verkaufen Arminstraße 6 c.

Chinesische Nachtigall (Sahn) Stück
1,75 Mk., chinesische Lanzmäuse
Stück 40 Pfg., Singer- Trittmä-
schine 30 Mk. Königstr. 33, I. Hl.

Einen großen Schuhwaren,
Posten Herren-, Damen- u. Kinderstiefel,
sehr gute Qualität, enorm billig.
Obere Marlesgrube 4.

Mit Adolphine ist nichts anzufangen.

Kolosseum.

Sonntag, den 13. März:
Große öffentliche
Volksmaskerade.

Eintrittskarten für Masken: Herrenmaske 90 Pfg., Damenmaske 60 Pfg.
Eintritt 30 Pfg., wofür freier Tanz.
Lühnsdorf.

Kleines Geschäft
zu pachten oder kaufen gesucht.
Ang. u. H L an die Exp. d. Bl.

Darlehen. Betriebl., Baugeld,
an jed. Mann unter
günst. Bedingungen.
A. Reiche, Reichestraße 51, II.

TURUL

STIEFEL

Jedes Paar
Specialmarke 7²⁵/_M
Original
Goodyear Welt 9⁵⁰/_M

Alfred Fränkel
Com.-Ges.
Lübeck
Breitestr. 49.
Verkaufsstellen in
allen größeren
Städten Deutschl.

Eine große Partie elegante
Herren- u. Knabenanzüge
von tadellosem Sit, aus modernen
Stoffen angefertigt, Erjan für
Macharbeit, spottbillig. Knaben-
Manchester-Anzüge, zum An-
ziehen, 4,90 Mk.
Marlesgrube 1.

Hansa-Theater

Täglich 8 1/2 Uhr.
Noch nie dagewes. Lacherfolg
erzielt allabendlich die übervolle
Burleske

Lübeck
auf
Stelzen

mit Willy Agoston als Quasslch.
Vorher: Das glänzende Spe-
zialitäten-Programm.
Vorzugskarten haben Gültigkeit.

Neues Stadttheater.
Freitag, 11. März. 7 1/2 Uhr.
Voll-Ab. 151. Freitag-Ab. 24.

Zar und Zimmermann.
Komische Oper von Lorching.
Sonnabend, 12. März. 7 1/2 Uhr.
Bei kleinen Preisen.

Die Journalisten.
Lustspiel von Gustav Freytag.
Sonntag, Zum 1. Male! Neu!
Der Graf von Luxemburg.
Operette von Franz Lehár.
Vorläufige Anzeige.
Montag, 14. März. 7 1/2 Uhr.
Erhöhte Preise.
Einmal Gastspiel Ottilie Metzger
vom Stadttheater in Hamburg.

Carmen. Oper von Bizet.

Eilen Sie, der gnädige Herr
will frühstücken, darum Milchmann eilen Sie und holen Sie Ihren
Romatour à 15 Pfg. und Lübecker Frühstück-
käse à 10 Pfg.

Knorr's
Rahn-Maccaroni
unübertroffen!

Knorr's
Suppen

fix und fertig-3 Teller 10 Pfg.

Jedes
Paket
enthält 1 Gebirg

Jeder
Umschlag
enthält 1 Gebirg

**Prima Rindfleisch Pfd. 50 Pfg., Schweinefleisch Pfd. 70 Pfg.,
Scheiben-Beefsteak Pfd. 80 Pfg., Gehacktes Pfd. 60 Pfg.,
Gulasch Pfd. 70 Pfg., Kalbfleisch Pfd. 50 Pfg.,
Knele Pfd. 60 Pfg., Karbonade Pfd. 80 Pfg.,
Billige Fleischquelle 22 Pflanzhaus 22.**

Farben,
trockene, sowie in Öl geriebene,
eigene Fabrikation in bekannter Güte.
Leinöl, Siccatis, Lacke etc.
Maler - Utensilien.
Hafen-Drogerie
Georg Bornhöfft.
Lübeck, Untertrave 44/45.

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck **Otto Albers** Kahlm.
Markt 4 10
sind vorteilhaft bekannt durch
gute Verarbeitung u. sehr billige
Preise. U. a.:

Lederhosen . . . 2,20—6,45
Mauerhosen . . . 2,60—6,75
Schlofferhosen . . . 1,88—5,25
Überziehhosen . . . 1,68—2,35
Zwirn-Hosen . . . 1,08—3,25

leinene Jacken, fertige u. gerade,
1,28. Rafen, Hemden, Schlachter-
jacken, Reifejacken, Maternmäntel
erkantlicht billig. Nähen von 30
Pfg. bis 1,88 Mk. Note Suberam.

Außerordentliche
Versammlung
des
Sozialdemokrat. Vereins
Schwartau-Rensfeld
Freitag, 11. März 1910
im Gasthof Transvaal.
R. Pinkert.
Tages-Ordnung:
Ueberrahme der Kolportage
des Lübecker Volksboten in
Eigenregie.
Um zahlreichen Besuch ersucht
Der Vorstand.

Verband der
Fabrikarbeiter Deutschl.
Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
Freitag, 11. März,
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50—52.

Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Vortrag des Genossen Br o m m e.
3. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen erucht
Die Ortsverwaltung.

Die Lage in Rußland und die Aufgaben der Sozialdemokratie.

Die Resolution über die Lage in der Partei, die auf der jüngst stattgefundenen Plenarsitzung des Zentralkomitees der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands einstimmig angenommen wurde, enthält eine so zusammenfassende Schilderung der gegenwärtigen Situation und der Aufgaben der Partei und charakterisiert zugleich so treffend die Gemeinsamkeit der grundlegenden Anschauungen bei den Vertretern der maßgebenden Richtungen in der Partei, daß sie als eines der wichtigsten Dokumente zur Geschichte der russischen Sozialdemokratie gelten kann, und das Interesse wecker Kreise der westeuropäischen Sozialdemokratie verdient.

Die Resolution lautet:

1. Die Taktik der Sozialdemokratie ist in ihrer prinzipiellen Grundlage stets einig, gleichviel ob es sich um eine Periode des offenen Bürgerkrieges und gesellschaftlicher Erschütterungen handelt oder um eine Periode der gesellschaftlichen Stagnation. Sie ist stets darauf berechnet, das Maximum der Resultate zu geben, — sowohl bei einer schnellen Umwälzung in den Bedingungen des heutigen Moments, wie bei einer relativen Unbeweglichkeit der gegebenen politischen Situation.

Das klassenbewußte Proletariat Rußlands, das sich von der Depression, zu welcher es durch den Sieg der Konterrevolution vorübergehend verurteilt war, zu befreien anfängt, gewinnt nun zum ersten Male die Möglichkeit, indem es sich zu einer sozialdemokratischen Massenpartei organisiert, bewußt, systematisch und konsequent diese taktische Methode der internationalen Sozialdemokratie anzuwenden, eine Taktik auszuarbeiten, die nicht bloß für die konkrete Situation des nächstliegenden Momentes berechnet ist, sondern für die verschiedenen Wege, die die nach der Niederlage der Revolution von 1905 sich vollziehende Anpassung des erschütterten Absolutismus in den Bedingungen der kapitalistischen Gesellschaft einschlagen kann. Die Taktik des Proletariats muß die Ansammlung seiner Kräfte und die Energieentfaltung seines Klassenkampfes fördern, gleichviel welche Form der unvermeidliche Krach der konterrevolutionären Politik der Selbstherrschafft, die sich den Forderungen der bürgerlichen Entwicklung anzupassen sucht, und desgleichen die unvermeidliche gesellschaftliche Krise annehmen sollte. Diese Taktik bereitet das Proletariat zu einem neuen, offenen revolutionären Kampf vor und gibt ihm zugleich die Möglichkeit, alle Widersprüche des labilen Regimes der Konterrevolution auszunutzen.

2) Die Arbeiterbewegung in Rußland macht jetzt eine Periode des wichtigsten geschichtlichen Umchwunges durch. Einerseits führt der Niedergang des Massenkampfes, die äußerste Anspannung der RePRESSIONen, die Konsolidation des Kapitals und seine Offensive, der Zusammenbruch der Organisationen und die Flucht der Intelligenz aus der Partei zu einer scharfen Krise der sozialdemokratischen Partei. Andererseits macht sich unzweifelhaft allerorts bemerkbar, daß sich eine neue Generation sozialdemokratischer Arbeiter den Weg bahnt, die unter der Leitung der Sozialdemokratie in den Ereignissen der Revolution und Konterrevolution ihre politische Schulung erworben und bestrebt ist, die Aufgaben der Revolution und ihre Methoden aufrecht zu erhalten, neue Kampfesformen zu finden, die den Bedingungen des historischen Moments entsprechen, und die Wiedergeburt der sozialdemokratischen Parteiorganisation durchzuführen.

Arbeiter.

Roman von Alexander L. Kielland.
Autorisierte Übersetzung aus dem Norwegischen von Kapitän C. von Sarauw.

(44. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.
"Moh' riß sich los, schlüpfte hinein und steckte den Schlüssel von innen in die Tür, um sie abzuschließen; er schüttelte den Kopf und murmelte vor sich hin: 'Ach, ach, die arme Christine! Ist sie tot? Wer sollte das doch glauben haben — weder der Minister noch —'"

"Bleiben Sie nicht den Namen meines Vaters in Ihre Verbrechen hinein!" rief Johann und setzte den Fuß gegen die Tür.

Ein Zucken fuhr über die von Trunkenheit entstellten Züge. Moh' drückte die Tür zu, so daß nur ein schmaler Streifen offen blieb. Das Gaslicht fiel auf das bleiche Gesicht mit den tiefen Falten am Munde, die das falsche Lächeln hervorbrachten, und dem silberweißen Haar hinter den Ohren, und mit deutlicher halslauter Stimme sagte er: "Sowohl der Staatsrat als auch die Frau Staatsrätin wußten es; aber sie wollten, daß ich sie haben sollte, damit Du sie nicht bekämpfst!" — und mit einer Gebärde unbeschreiblicher Bosheit steckte er die Zunge aus, worauf er die Tür schnell zuschlug und den Schlüssel zweimal umdrehte.

Johann Bennedich war gegen den Gaspfahl zurückgefallen; lange stand er wie gelähmt.

Ein Junge mit einer Leiter kam längs dem Trottoir gelaufen: "Ach, hören Sie mal, wollen Sie sich nicht einen Augenblick an die Wand dort lehnen, ich muß das Gas auslösen."

Der Doktor stürzte fort, als ob die Erde unter ihm brenne. Es begann im Osten zu grauen, erst schwach, dann immer heller, bis die Sonne aufging, eine freundliche, strahlende Frühlingssonne — es war der erste Mai — welche die Dächer der Häuser und die vergoldeten Kirchturmspitzen beschien.

Er ging immer fort und kam ganz in die äußerste Vorstadt, dann kehrte er um und ging zurück — indem er beständig vor sich hinstarrte und dieselben Gedanken, dieselben Zweifel wiederholte.

Daß die Mutter es gewußt, das konnte er, so ungern er auch etwas Schlechtes von ihr denken wollte, sich zur Not

3) Auf der Grundlage eines solchen Standes der Arbeiterbewegung macht sich allerorts bei ihren bewußten Vertretern das Bestreben bemerkbar, die Kräfte der sozialdemokratischen Partei zu konzentrieren und die Parteieinheit zu festigen. Eine umfassende konterrevolutionäre Strömung in den liberalen und kleinbürgerlich-demokratischen Schichten des Volkes verstärkt in dem klassenbewußten Proletariat das Bestreben, sich keine Klassenpartei, ihre revolutionären Ziele und Aktionsmethoden zu erhalten und die Reihen aller Sozialdemokraten gegen die Feinde zu schließen, die neugestärkt heranrücken.

Das offene Hervortreten des Proletariats, sowohl auf der Dumatribüne (durch die soz.-dem. Abgeordneten der dritten Duma), wie auf legalen Kongressen und in jeder Art legalen Institutionen führt zu einem Zusammenschluß seiner Kräfte, verstärkt das Bestreben, sich allen anderen Klassen gegenüberzusetzen, einen organisierten Einfluß auf das gesellschaftliche Leben auszuüben und auf diese Weise die revolutionär-sozialdemokratischen Ziele und den Klassencharakter seiner Bewegung aufrecht zu erhalten.

Immer stärker kommt die Notwendigkeit zum Bewußtsein, die zerstreuten illegalen sozialdemokratischen Gruppen in den legalen und halblegalen Institutionen unter die Arbeitergruppen der Partei zu vereinigen, alle legalen Institutionen zur Wiedergeburt der Massenbewegung auszunutzen und sie alle in Stützpunkte der sozialdemokratischen Agitation zu verwandeln, immer stärker wird das Bestreben, der Eigenbröstelei ein Ende zu setzen und die Schaffung eines arbeitsfähigen und die Tätigkeit im Reiche wirklich leitenden Zentralkomitees zu fördern.

Bei den vorgeschrittenen Arbeitern wächst neben dem Bestreben ihre sozialistische Weltanschauung und das Verständnis des Marxismus zu vertiefen, das Bewußtsein der Notwendigkeit, den ökonomischen Kampf und den gewerkschaftlichen Zusammenschluß zu verstärken und auch eine politische Agitation in den Massen zu entfalten.

4. Auf dem Gebiete der ideell-politischen Aufgaben der sozialdemokratischen Bewegung sind solche hervorgetreten, die die Parteiarbeit machtvoll fördern und sie allen Hindernissen zum Trotz ins Leben rufen:

a) Die historische Situation der sozialdemokratischen Bewegung in einer Epoche der bürgerlichen Konterrevolution führt unvermeidlich — als Folge des bürgerlichen Einflusses auf das Proletariat — einerseits zu einer Verneinung der illoyalen sozialdemokratischen Partei, zu einer Herabsetzung ihrer Rolle und ihrer Bedeutung, zu Versuchen, ihre taktischen und Programmaufgaben, wie die Forderungen der revolutionären Sozialdemokratie zu verkürzen usw., und andererseits zu einer Verneinung der Dumatätigkeit der Sozialdemokratie und der Ausnutzung der legalen Möglichkeiten, zu einem Nichtbegreifen dieser und jener Tätigkeit, zu einem Nichtvermögen, die revolutionäre sozialdemokratische Taktik den eigenartigen historischen Bedingungen des jetzigen Moments anzupassen usw.

b) Bei diesen Bedingungen gehört es zu den notwendigen Bestandteilen der sozialdemokratischen Taktik, diese beiden Abweichungen durch die Ausbreitung und Vertiefung der sozialdemokratischen Arbeit auf allen Gebieten des Klassenkampfes des Proletariats und die Aufklärung der Gefahr, die durch diese Abweichungen droht, zu überwinden.

c) Das Bewußtsein der Gefahr, die durch diese Abweichungen droht und die Notwendigkeit ihrer Überwindung macht die Wiederherstellung der organisatorischen Einheit der Partei noch mehr zum Bedürfnis, und dieser Umstand verstärkt im Bunde mit den dargelegten ob-

jektiven Bedingungen die Notwendigkeit, den Fraktionismus zu vernichten, alle mehr oder weniger organisierten Fraktionen aufzuheben und sie in Richtungen zu verwandeln, die die Einheit der Parteitaktion nicht hindern."

Aus der Partei.

Freigeiprochener „Majestätsbeleidiger“. Vom Amtsgericht Waldenburg i. Schl. war der Genosse Arbeitersekretär O t t e r r o t h von der Anklage der Majestätsbeleidigung und der Verleumdung des Fürsten v. Pleß freigesprochen worden. In einer Verurteilung in Neuzendorf hatte er über die Steuerportage gesprochen, dabei über die allgemeine politische Lage referiert und nach der Behauptung des überwachenden Beamten die Worte fallen lassen: „Es gibt einen, der seine Nase in alles hineinstecken muß“; er sei dann fortgefahren: „Den großen Schweizer, den ich meine, kennen Sie ja!“ Obwohl eine ganze Anzahl von Zeugen bestritt, daß die Worte so gefallen seien, hat das Gericht doch diese Worte als richtig angenommen. Es kam aber zum Freispruch, weil es berücksichtigt, daß Otterroth seine Rede improvisieren mußte, und daß er deshalb nicht die Absicht gehabt habe, Wilhelm II. zu beleidigen. Außerdem habe Genosse Otterroth davon gesprochen, daß die Vorfahren der Fürsten v. Pleß Raubritter gewesen seien und habe dann weiter gesagt: „Es gibt auch moderne Spitzbuben“. Aber da aus den Notizen des überwachenden Beamten nicht zu ersehen ist, ob diese Worte direkt hintereinander gefallen sind, ist auch hier keine Verleumdung angenommen worden, weil die Behauptung, daß die Fürsten v. Pleß Raubritter gewesen, historische Tatsache und daher nicht beleidigend sei. Das Reichsgericht hat das Urteil bestätigt und die Revision des Staatsanwalts verworfen.

Reichsverbands-Verleumdung. Genosse A b e l u n g wurde am Sonnabend vom Malitzer Schöffengericht wegen Verleumdung, begangen durch die Presse an dem Mitglied des Reichsverbandes P e t e r s zu 40 Mk. Geldbuße verurteilt.

Herve und die geeinigte Partei. Seit einigen Tagen bringen bürgerliche Blätter verschiedene Richtung Berichte und Artikel über den angeblichen Entschluß H e r v e s, die sozialistische Partei zu verlassen. Es liegt indes keine Verantwortung vor, das Gemüt auf Abschied zu stimmen. Wichtig ist nur, daß Hervé jetzt gemeinsam mit dem Anarchisten S e b a s t i a n F a u r e eine „revolutionäre Partei“ gründet, die die „insurrektionellen Sozialisten“ mit den „revolutionären Syndikaten“ und den Anarchisten vereinigen soll. Aber daraus zu schließen, daß Hervé seine alte Partei verlassen will, wäre etwas vorzeitig. Hervé ist klug genug, um zu wissen, daß er seine Verantwortlichkeit nur dem Umstand verdankt, daß er seine Reklametrompete auf der Straße der Partei bläst und ihr ein Echo überall dort nachruft, wo man dem Sozialismus über all. Wer würde dem Angehörigen einer schwächlichen Konspiratorenblase noch Aufmerksamkeit schenken. Es bleibt nur noch die Frage, ob die sozialistische Partei selbst ziehen will, daß eines ihrer Mitglieder für eine andere politische Partei tätig ist und für ein Programm Propaganda macht, dessen Befürworter längst von den internationalen Sozialistenkongressen ausgeschlossen sind. Aber man weiß, daß die französische Partei in diesen Dingen gar nicht empfindlich ist. Sicher wäre es — um nur ein neues Faktum zu erwähnen — in anderen sozialistischen Parteien schwerlich möglich, daß ein Genosse Versammlungen einberuft, von denen er die anderen Meinungen anhängenden Genossen ausschließt, wie es Hervé bei seinen Versammlungen der „insurrektionellen“ verfügt. Geht aus diesen Einberufungen hervor, daß in der Tat schon innerhalb der Partei eine spezielle insurrektionelle Geheimorganisation besteht, so stellt der Versuch, sie nunmehr neben der Partei zu etablieren, keinen grundlegenden Disziplinbruch dar. Weiter läßt sich nicht verkennen, daß Hervé sowohl von den inneren Parteigegensätzen, wie von der Brutalität der Bourgeoisie profitiert. Bald glaubt die eine, bald die andere Richtung, die Kongressstimmen der Zu-

vorstellen. Sie war ja so übertrieben ängstlich vor allem, was einem Skandal ähnlich sehen konnte.

Aber der Vater — der große, edle Mann — unmöglich! Das konnte nicht sein! Moh' war seiner Sinne nicht mächtig, als er das sagte; nur seine teuflische Bosheit hatte ihn dazu getrieben.

Aber alle diese Vorstellungen halfen nicht. Der Zweifel war einmal da, wie ein glühender Fleck, der immer stärker in ihm brannte, so daß er fühlte, er müßte Genüßigkeit haben. Als er den Beschluß gefaßt hatte, geradewegs zu seinen Eltern zu gehen, und sie offen zu fragen, ward er ruhiger. Es war aber noch viel zu früh am Tage, um sie treffen zu können und der Doktor wanderte daher noch weiter, nach dem Quai zu, wo schon rege Geschäftigkeit herrschte.

Arbeitsleute und Lastträger gingen raschen Schrittes zum Hafen hinab. Lehrlinge eilten in ihre Werkstätten mit dem kleinen Kaffee-Eimer und einem Bäckchen mit Butterbrot, Fabrikmädchen liefen einander nach oder gingen zusammen, lachend und nächtliche Erlebnisse erzählend, während schläfrige Schutzmänner sehnsüchtig die Ablösung herbeiwünschten.

Es war eine merkwürdig gleichartige Bevölkerung, die hier um diese Zeit verkehrte, ärmlich aussehende Gestalten. Ein wohlgekleideter Herr, der die Nacht außer dem Hause zugebracht hatte, sahlich bleich und beschämt in der hellen Morgensonne heim.

Und mittlerweile schlofen die Leute in den feineren Stadtteilen hinter herabgerollten Gardinen und verschlossenen Haustüren. Es war ein erhabener majestätischer Schlaf, der diejenigen erquickte, welche über die Stadt, über den Staat, über das Volk und seine Kleinodien wachten; und wie klar auch die Morgen Sonne schien, konnte sie doch das Mysterium nicht erklären, daß die, welche schliefen, diejenigen waren, welche wachten, und daß über denen, welche wach waren, gewacht wurde von denen, welche schliefen. Immer stärker aber nahm die Geschäftigkeit in den kleineren Straßen und am Hafen zu.

Die kleinen Dampfer pfeifen und schossen hin und her; etwas weiter im Hafen hinaus lag ein großes Dampfschiff, das von Westen gekommen war und darauf wartete, daß der Hafenvogt ihm am Quai zu einem Anlegeplatz, daß der Fischerboote landeten und die Fischer feilschten mit Aufkäufern und hämmigen Weibern, die große flache Körbe vor sich stehen hatten.

Johann Bennedich ging auf den Festungsquai zu; hier lag ein großes grün angestrichenes englisches Dampfschiff. Der Dampfkan arbeitete; Leute liefen auf dem Schiff geschäftig hin und her, Tonnen und Bierfässer standen längs des Quais und in einer Pyramide für sich waren mächtige Kisten aufgestapelt, die an den Seiten mit norwegischen Namen und amerikanischen Adressen versehen waren.

Aus einer Reihe von Männern und Frauen mit Kindern in neuen Frieskleidern trat ein langer bagerer Mensch in einem Sommeranzug und but gestreiftem Hemde.

„Guten Morgen, Johann! Schon so früh auf — kommst Du mich nicht mehr?“

Johann erkannte ihn sofort; es war ein alter Schulfamerad von ihm, den er in vielen Jahren nicht gesehen hatte.

„Wo bist Du so lange gewesen?“ fragte Johann.

„In Amerika, mein Junge!“ erwiderte der andere in flottem Ton: „Auswandereragent — prächtiges Geschäft, aber höllisch viel um die Ohren! Hier bin ich nun mal ganz selbstgeraten. Sieh mal her! Auf den Willets, welche diese Leute gekauft haben, sieht: ein norwegischer Arzt reist mit; und nun macht der Kerl, den ich engagiert hatte, mir Geschichten. Aber, Du bist ja Doktor, Johann! Come along! Gute Bedingungen — hör' nur!“

Der Agent entwiderte mit außerordentlicher Zungenfertigkeit alle dem Arzt gebotenen Vorteile, und während er sprach, kam ihm seine eigene Idee so vortrefflich vor, daß er seine Rede mit den Worten schloß: „Also abgemacht, das Geschäft ist in Ordnung! Seht Leute, hier ist der neue Doktor!“

Johann mußte über seinen Freund lächeln, aber er antwortete weder ja noch nein. Alles wohlherwogen, war es gewiß das Klügste, was er tun konnte.

Es war gegen sieben Uhr. Er versprach später näheren Bescheid zu bringen und begab sich nach dem Hause seines Vaters.

Nun begann es sich auch in den ferneren Stadtteilen zu regen. Die Läden wurden gefegt und die Spiegelwände abgerieben. Einige brave Bürger in der Karl-Johannstraße steckten Flaggenstangen durch die Dachfenster, denn man erwartete an diesem Tage die Ankunft des Königs.

„Wer ist da?“ rief die Frau Minister, als Johann an die Schlafstubeentür klopfte.

„Ich bin es — Johann, ich muß mit den Vater sprechen.“

juristischen in ihre Kombinationen einbeziehen zu müssen, und ein Ausschließungsantrag findet keine Sympathie, wenn er zeitlich mit einer Aktion der Bourgeoisie gegen Perde zusammenfällt. Gerade jetzt aber macht das ungeheuerliche Massentum, das über Dörfer wegen eines wohl wenig geschmackvollen, aber juristisch tatsächlich unangreifbaren Urteils vier Jahre Gefängnis verhängt, in allen freibeiwillig empfindenden Seelen für ihre Gefühle der Solidarität lebendig. Unter diesen Umständen bleibt ihm wohl in der Frage seines Verhältnisses zur Partei die Initiative überlassen. Vermutlich wird er ihre Tür zuschlagen, aber — wie bisher immer — von innen.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, den 9. März 1910.

52. Sitzung, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratssitz: von Leipzig.

Etat für das Schutzbereich Kiautschou.

Erzberger (Z.): Kiautschou hat uns alle in allem 160 Millionen gekostet. Dabei hat der deutsche Kaufmann dort weniger Selbstständigkeit als in Schanghai und Hongkong. Der Grundlag „Kaufleute vor die Front, Militär hinter die Front“ wird dort noch nicht genügend befolgt. Die Selbstverwaltung muß gestärkt werden, die Zivilverwaltung muß mehr hervortreten, auch müßte der dortige große Beamtenapparat besser ausgenutzt werden. Ein wichtiges Kapitel bilden die Bauten. Das Haus des Gouverneurs war auf 450 000 Mk. veranschlagt, kostete aber 580 000 Mk. Ich habe den dringenden Wunsch, daß der Reichszuschuß für Kiautschou erheblich zurückgehen möge, aber ich erkenne an, daß sich dort Reime der Entwicklung zeigen, die für andere Schutzbereiche Vorbildlich sein können, das gilt in erster Reihe für die Justizpflege, wir müssen zu einem selbständigen Kolonialrecht gelangen. Die Ausgestaltung des Schulwesens in Kiautschou ist notwendig, dazu sollte die deutsche Industrie Mittel zur Verfügung stellen. Vorwärts kommen können wir aber nur Hand in Hand mit der Chinesenschaft. Reibungen mit ihr müssen daher vermieden werden. (Bravo! im Z.)

Staatssekretär v. Tzipitz verbreitet sich über den Handel mit Kiautschou und Tsingtau. Ohne letzteres wäre es unmöglich gewesen, in den Eisenbahnhandel mit China hineinzukommen. Kiautschou hat uns übrigens bisher nicht 160, sondern nur 131 Millionen gekostet. Bezüglich der Selbstverwaltung teile ich die Ansicht des Herrn Erzberger. Wir werden alles tun, was wir können. Die Überschreitungen beim Bau des Gouverneurpalastes rühren zum größten Teil von der Steigerung der Löhne und Materialpreise her. Die Sommerwohnung des Gouverneurs ist notwendig. Ich war in jener Gegend und verifiziere Ihnen, mein Vorgesetzter war nach einer Stunde durch und durch naß. (Weiter.)

Dr. Baasche (N.): Auf unsere Kolonie Kiautschou können wir Deutsche stolz sein. Sie hat auch den Beifall Engen Richters gefunden. (Leb. Zust. b. d. Fortsch. Bg.) Die Verwaltung ist aber eine viel zu teure, wenn man bedenkt, daß das Gebiet nicht größer ist als ein deutscher Landkreis. Bei aller Kritik jedoch darf nicht verkannt werden, daß wir in Kiautschou einen hochbedeutenden Ausstrahlungspunkt deutscher Kultur in Ostasien besitzen.

Dr. Pröschner (K.) preist die Bedeutung Kiautschous. Ein militärischer Stützpunkt, wie ursprünglich gedacht, ist es allerdings nicht geworden, dafür aber ein Zentrum deutscher Kultur, deutscher Tüchtigkeit, deutscher Gründlichkeit. Andere Nationen hatten ihre Repräsentanten in den Kolonien noch weit luxuriöser aus als wir. (Bravo! rechts.)

Staatssekretär v. Tzipitz tritt den Ausführungen Baasches über die teure Verwaltung entgegen und ladet ihn zu einem Besuche an Ort und Stelle ein. Immerhin werde er sich bemühen, das Beamtenpersonal zu vermindern.

Storz (Bp.): Namens der Fortschrittlichen Volkspartei (Weiterkeit) habe ich zu erklären, daß wir damit sehr einverstanden sind, daß Kiautschou nicht als militärischer Stützpunkt betrachtet werden soll. Man soll unser ostasiatisches Schutzbereich vom wirtschaftlichen und kaufmännischen Standpunkt betrachten und danach handeln. Vor allzu großem Optimismus ist aber trotz der günstigen Lage zu warnen. Für Sparbarkeit und Selbstverwaltung treten auch wir ein. (Beifall bei der Fortschritt. Volksp.)

Roske (Sd.): In der Budgetkommission ist der Etat für Kiautschou diesmal viel schärfer kritisiert worden als

sonst. Das ist ein Ausdruck des Unbehagens, der bei vielen daher kommt, daß die ursprünglichen Erwartungen nicht in Erfüllung gehen. Trotz der gelübten Sparbarkeit ist auch der Zuschuß in diesem Jahre noch über 8 Millionen. Bezüglich der Selbstverwaltung stehen wir auf dem Standpunkt, daß man an sie herangehen sollte, wenn die in Kiautschou verfügbaren Mittel für ihre Gemeinwesen aufbringen. Das Reich kann nicht für ihre Schulen sorgen. Bei der Pachtung Kiautschous war keine Rede davon, daß es nur ein beschreibender Stützpunkt, eine Kohlenstation werden sollte. Man spielte vielmehr mit der Idee, das kleine Schutzbereich würde bald eine Ausdehnung erfahren, mindestens auf die große Provinz Schantung. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Aber diese Hoffnungen sind zusammengebrochen, ein größerer Reifall ist kaum denkbar. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Kiautschou hat uns, wie alle Kolonien ein gutes Stück Geld gekostet, ohne nennenswerte Erfolge im Wirtschaftsleben zu bringen. Das Gebiet ist etwa so groß wie das von Bremen und im Laufe von zehn Jahren haben wir um 150 Millionen hineingesteckt. Dazu kommt noch als unmittelbare Folge der Wachtung die aufständische Bewegung in China, welche uns weitere 250 Millionen gekostet hat. Und diese Ausgaben steigen noch infolge der sich immer mehrenden Pensionierungen. (Hört, hört! bei den Soz.) Wenn nun heute keine Rede mehr davon ist, die deutsche Macht über einen größeren Teil Chinas auszuweiten, wenn man nur noch von „moralischen Eroberungen“ spricht und Mittel zur Begründung einer christlichen Hochschule fordert, so ist das alles in einem merkwürdigen Gegensatz zu jener Ausrufung, die vor einer Reihe von Jahren gemacht wurde, nämlich daß man die Chinesen so klopfen müsse, daß sie noch in hundert Jahren nicht wagen, einen Deutschen scheel anzusehen! (Sehr wahr! bei den Sozialdem.) Mit dem Gedanken, die Kapitalisten sollten für Bildungszwecke Summen zur Verfügung stellen, wird man kaum Erfolg haben. Sie hätten auch, wenn sie es tun wollten, genügenden Anlaß, das Bildungsniveau breiter Kreise in Deutschland zu erhöhen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Im übrigen wird man mit diesem „moralischen“ System den chinesischen Markt nicht erobern. Wenn der chinesische Markt erst einmal für große Warenmengen aufnahmefähig sein wird, dann wird doch nur der den Vorrang haben, welcher durch Güte und Preiswertigkeit der Ware die Konkurrenz schlägt. (Sehr richtig! b. d. Soz.) So sehr eine Steigerung unseres Exports die Arbeiterschaft interessiert, große Erwartungen setzen wir nicht auf China. Es wird eher in der Lage sein, moderne Industrieprodukte herzustellen, als zu verbrauchen. Wenn ich mich in der Kommission nicht gründlich verdrückt habe, so hat selbst der Staatssekretär davon gesprochen, daß es durchaus unklar sei, ob die europäischen Mächte günstige Chancen für die Eroberung des chinesischen Marktes haben. Herr Erzberger meinte, für die kolossalen Summen sei doch manches Gute geschaffen. Herr Baasche begeisterte sich, schwärmte förmlich von den bewaldeten Höhen Kiautschous, aber hätten wir all das Geld auf ein so kleines Gebiet in Deutschland verwendet, welche glänzende Resultate würden wir da erzielt haben! (Sehr wahr! bei den Sozialdem.) Ich glaube, mit diesem Gelde hätte man auf dem Brocken oder auf der Schneekoppe Spargelkulturen anlegen können. (Weiterkeit und sehr gut! b. d. Soz.) Die Denkschriften, die Jahr für Jahr über die Entwicklungsmöglichkeiten von Kiautschou herausgegeben werden, sind recht vergnüglich aber mit Vorsicht zu genießen. So wurde der Hafen von Tsingtau in der Kommission in einer Photographie vorgeführt, angefüllt mit Schiffen. Als dann festgestellt wurde, daß nur selten dort mehrere Schiffe liegen, sagte man: Wir konnten doch den Hafen für den Reichstag nicht photographieren, als keine Schiffe da waren. (Weiterkeit.) Das ist das Rezept, so Worte gemacht! (Sehr richtig! b. d. Soz.) Mit seinem Worte sagt die Denkschrift, für welche Summe deutsche Waren eingeführt wird, wahrscheinlich ist es so wenig, daß man sich geniert. Ich bitte aber darum, daß es im nächsten Jahre geschieht. Ohne die Beamten und die Garnison wäre ein vollständiger Zusammenbruch der europäischen Geschäfte da. Die deutschen Kapitalisten haben auch keine Neigung verspürt, sich in Tsingtau in Untkosten zu stürzen; daher kam die Vorlage, die für Kiautschou die Ausgabe kleiner Aktien ermöglichen sollte. Das Risiko fauler Gründungen sollte auf die kleinen Leute abgeschoben werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich hoffe, die Regierung zieht den Entwurf zurück, damit wir ihn nicht ablehnen müssen. Unangenehme Dinge verschweigt die Denkschrift. Von dem wochenlangen Boykott der chinesischen Kaufmannschaft gegen Tsingtau findet sich kein Wort. Genauigkeit wäre aber um so notwendiger, als schon aus den Ausführungen des Staatssekretärs die Neigung hervorgeht, die angenehmen Dinge schärfer als nötig zu betonen. (Weiterkeit b. d. Soz.) Er leitet sich die Abtreibung, ganz Distanz laufe in Kiautschou zusammen, um die dortige muntergültige Wirtschaft anzusehen. (Lachen b. d. Soz.) Dabei ist der Personenverkehr der Schantungseisenbahn zurückgegangen. Die hineingesteckten Millionen haben geringe Erfolge gezeitigt. Die Zivilverwaltungen müssen sich größerer Sparbarkeit bestreben. Vielleicht wird aus dem vollen gewirtschaftet, und ich bezweifle auch, daß bei einer Revision durch einen oder mehrere Abgeordneten etwas herauskommt. Auch wenn man die Möglichkeit annehmen will, daß der Handel Tsingtaus sich aufschwinge, so müßte doch eine Verminderung oder ein Verschwinden des Reichszuschusses erstrebt werden. Es ist doch toll, daß sogar für die Zivilverwaltung in diesem Jahre wieder eine Million draufgelegt werden soll. Alle Reden über Ersparnisse sind zwecklos, solange man sich beschränkt, auf Unübersichtlichkeiten hinzuweisen, während für die militärische Sicherheit unverhältnismäßig viel, in diesem Jahre wieder 6 1/2 Millionen, ausgegeben wird. Der Staatssekretär sagte, die Chinesen nehmen keinen Anstoß an der Befragung über der Vozerausatz hat eine andere Lehre erteilt. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Was von den herzlichen amtlichen Beziehungen zwischen Deutschland und China zu halten ist, haben Kenner der Chinesen wiederholt auseinandergesetzt. In den Volkstreffen in Schantung herrscht eine deutschfeindliche Stimmung, und es kann gar nicht anders sein. Sobald sich in China ein nationales Empfinden regt, muß die deutsche Festsetzung in Kiautschou als ein Pfahl im Fleische empfunden werden. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wenn man an die Zukunft denkt, so sollte man auch ernsthaft erwägen, wie mit dem chinesischen Nationalgefühl die militärische Macht Chinas erstarkt wird. Bei all den schönen Erörterungen habe ich daher eine Erwägung vermisst: Wie wir es anfangen sollten, uns rückwärts zu konzentrieren, ehe wir hinausgeworfen werden. Wir waren von Anfang an gegen die Festsetzung in Kiautschou, daher verweigern wir auch in diesem Jahre die Mittel. (Leb. Bravo! b. d. Soz.)

Dr. Görke (N.) verteidigt seinen Parteifreund Baasche gegen den Staatssekretär. Auf positive Zahlen habe Herr von Tzipitz nur mit optimistischen und kaum haltbaren Berechnungen geantwortet.

Raden (Z.) wünscht möglichst viel kaufmännischen Geist in der Verwaltung Kiautschous und schließt sich den Ausführungen Dr. Baasches über die kostspielige Verwaltungsweise an. (Beifall i. Z.)

Staatssekretär v. Tzipitz verspricht, nach Möglich-

keit den Wünschen des Vorredners entgegen zu kommen. Der Bureaukratismus habe keinen eifrigeren Gegner als das Reichsmarineamt.

Der Etat für Kiautschou wird mit den Streichungen der Kommission bewilligt.

Der Postetat.

Rampf (Bp.) trägt Lokal- und Spezialschmerzen vor und tritt, wie alljährlich, für Herabsetzung des Weltpostos ein. Des weitern führt Redner Beschwerde darüber, daß die Überschüsse des Postverkehrs nicht wie versprochen zu Verbesserungen der Verkehrseinrichtungen verwendet werden. Die Post muß sich stets bemühen, daß sie dem Verkehr zu dienen hat. (Bravo! links.)

Lattmann (WBg.) wünscht engere Fühlung der Post mit dem praktischen Leben.

Staatssekretär Kraetke: Wir können es in bezug auf den kaufmännischen Geist nie recht machen. Prügel bekommen wir doch immer. (Hört.) Redner wendet sich gegen die von den Nationalliberalen beantragte Resolution, die einen ständigen Beirat für Post- und Telegraphenangelegenheiten wünscht; das hieße ja, die Postverwaltung unter Kuratel stellen. (Weiterkeit.)

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr.

Schluß 1/8 Uhr.

Die Jungen unter der Fuchtel der Alten.

Unter den Jungliberalen im Westen war es in letzter Zeit zu Erscheinungen und Äußerungen gekommen, aus denen ein illusionsfähiges Gemüt hätte schließen können, daß im Herzen der jungliberalen Söhne altliberaler Väter so etwas wie ein demokratischer Geist keime, daß die hoffnungsvolle Jugend auf eine Revision des Liberalismus nach der volkstümlichen, freiheitlichen Seite hin wirke. Die Sozialdemokratie wurde hier und da als der im Verhältnis zum Zentrum weniger schlimme Feind erklärt; einzelne verwegene Gemüter stellten die Sozialdemokratie — welche Ehre für uns! — sogar als bündnisfähig für den Liberalismus hin; man sah Jungliberale in demokratischen Versammlungen und hörte sie hier — welche ein Radikalismus! — sich für die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen aussprechen. Das ist in den Kreisen der nationalliberalen Prinzipienwächter übel vermerkt worden und die „Königliche Zeitung“ weiß zu melden, daß derartige Vorkommnisse bei Wahlen, in Versammlungen und Schriften „berechtigten Anlaß zu Bedenken“ gegeben hätten, „ob nicht die nationalliberale Jugend zu sehr die Grenzen zwischen Bürgertum und Sozialdemokratie aus den Augen verloren hätte.“ Die nationalliberalen Prinzipienwächter und Geldgeber der liberalen Jugendbewegung scheinen den Jungliberalen ihre „Bedenken“ recht eindringlich zum Bewußtsein gebracht zu haben, denn das Organ des jungliberalen Reichsverbandes bringt in seiner letzten Nummer einen Aufsatz, der, wie die „Königliche Zeitung“ mit Genugtuung bemerkt, „scharf die Richtung zieht für die Politik der nationalliberalen Jugend“. Es heißt in dem Aufsatz:

„Der Liberalismus kann nie und nimmer in prinzipieller Verbindung mit der Sozialdemokratie seine Aufgaben lösen — auch vorübergehend nicht —, sondern allein dadurch, daß er, gerade in unseren Zeiten des politischen Überganges zu neuen Verhältnissen, mehr und kräftiger und immer energischer sich auf seine eigenen Grundlagen befinnt. Nicht Vermischung, sondern Hervorkehrung der unterscheidenden Merkmale, das muß unsere Lösung sein! Es ist noch nicht lange her, daß der Liberalismus die Gefährlichkeit seiner eingegangenen Verbindung mit rechts eingelebten hat, gerade noch frühzeitig genug, um nicht in dem Extrem rechts teilweise aufgegangen zu sein; er wird darum jetzt nicht so töricht sein, sich nochmals in dieselbe Lebensgefahr zu begeben, bloß weil sie links von ihm steht. Alle politischen Bündnisse sind für den Liberalismus vor-sichtig, sehr behutsam zu behandeln, sonst verliert er mehr, als er gewinnt. Und den unbedingt festzustellenden politischen Freiheitsdrang unseres Volkes soll man nicht dadurch zu stillen suchen, daß man blindlings der Masse schmeichelt und der Sozialdemokratie sich an die Rockschöße hängt, sondern dadurch, daß man die theoretischen Grundlagen des Liberalismus der Masse predigt und sie so von den verderblichen Einflüssen einer alles gleichmachenden Demokratie befreit.“

Die „Königliche Zeitung“ glaubt, die in diesen Worten empfohlene Behutsamkeit und Vorsicht in der Behandlung der von der nationalliberalen Partei einzugehenden Bündnisse mit anderen Parteien, besonders der Sozialdemokratie, aufs dringendste empfehlen zu können. Das Blatt des wackeligen Kommerzienratsliberalismus bringt sogar darauf, daß die Grenzlinie zwischen den Nationalliberalen und den jetzt geeinigten Linksliberalen möglichst erkennbar bleibe; gerade in der Rheinprovinz sei es nötig, daß in dieser Beziehung klare Verhältnisse hergestellt würden.

Die Jungliberalen wissen also, was sie zu tun haben. Hübsch im nationalliberalen Geise bleiben! Sie dürfen zwar kräftig auf das Zentrum schimpfen, aber nichts tun, um durch den Anschluß an Links dem Zentrum ernstlich zu Leibe zu gehen. Für den nationalliberalen Scharfmacher, den nationalliberalen Professor und erst recht für das nationalliberale Regierungsblatt ist und bleibt der Sozialdemokrat der schlimmste Feind der heutigen Gesellschaftsordnung und ihm gleichgeachtet wird jeder, der sich soweit vergißt, an dem Geldsackwahlrecht zu rühren und Preußen in die Reihe der Kulturstaaten bringen zu wollen. Und daß die Jungliberalen nicht nur in ihren Worten, sondern auch in ihren Taten sich der Anweisung der Alten zu fügen wissen, haben sie bei der Ersatzwahl in Mülheim-Sommersbach-Wipperfürth bewiesen, wo sie in der Stichwahl sich so „vorsichtig und behutsam“ verhalten haben, daß man nicht das mindeste von ihnen merkte.

Gewerkschaftsbewegung.

Erfolg der ausländischen Stuarbeiter in Rathenow. Die Firma Röske u. Co. verpflichtete sich bereits nach Ablauf der ersten Streikwoche zur Anerkennung des Tarifs. Darüber hinaus wurden noch für die Arbeiterinnen eine Arbeitszeitverkürzung von 3 bis 4 Stunden täglich, sowie 50 Pfg. bis 1 Mk. Lohnzulage pro Woche erzielt. Die männlichen Arbeiter erhalten eine Lohnzulage von 1,50 bis 2 Mk. pro Woche. Die Stütz- und Kartonnagenfabrik von

„Nein, nein, Johann, Du darfst nicht hineinkommen.“ Er drückte aber doch die Tür auf.

„Aber ich bitte Dich, Johann!“ rief seine Mutter erzürnt und trat hinter die Beirvorhänge; sie war im Negligee; der Minister aber lag noch im Bett.

„Ich bitte um Entschuldigung — aber ich habe mit Euch zu sprechen.“ Sein Herz klopfte so heftig, daß er kaum die Worte herausbringen konnte. „Ich komme, um Dich zu fragen, Vater, ob Du oder Mutter etwas von Mohs Krankheit wußtet, als er sich mit Christine verheiratete?“

Nach einer kleinen Pause begann hierauf der Minister: „Ich finde Dein Benehmen im höchsten Grade unpassend.“

„Antworte mir — antworte mir!“ rief Johann.

Der Minister Bennecken richtete sich im Bette auf und versuchte den Sohn imponierend anzusehen. Das wollte ihm aber im Nachhinein und mit dem wirr wuchernden dünnen grauen Haar nicht glücken. Wäre er in seinem vollen Glanz gewesen, so hätte er vielleicht die Situation noch retten können; wie er aber so im Bette dalag, ein ganz gewöhnlicher unraffierter älterer Herr, fiel plötzlich der ungeheure Reiz des Sohnes zusammen wie ein Kartentisch, und mit einer Kälte, vor der er fast erschrak, sagte er: „Vater, Vater, ich habe mich in Dir geirrt!“

Aber nun gewann die Frau Minister ihren Geistesgegenwart wieder: „Wirst Du wohl höflich gegen Deinen Vater sein, Johann — hör' mich einen Augenblick vernünftig an. Als Arzt weißt Du selbst am besten, daß man von einer solchen Krankheit, auf die Du anspielst, nicht spricht.“

„Das ist eben das Verderbliche, daß man glaubt, nicht davon sprechen zu können.“ fuhr der Sohn auf. „O, Du weißt nicht, was Du getan hast, Mutter!“

„Was ich getan habe, bist Du von Sinnen, Junge?“ rief die Staatsrätin aufgebracht. Sie konnte es durchaus nicht fassen, daß es Johann, der Tölpel sei, der hier das Richteramt ausübte.

„Adelheid!“ sagte ihr Gatte vorsichtig vom Bette her.

Aber Johann fuhr ganz ruhig fort: nachdem er Gewißheit erlangt hatte, lächelte er sich fast wie vernichtet: „Daß Ihr mich daran hindern wolltet, sie zu bekommen, das begreife ich und hätte ich Euch vielleicht vergeben können; aber daß Ihr sie so verderben ließt — o, Ihr wißt nicht, was das Mädchen wert war und wieviel sie gelüht. Jetzt ist sie tot, und ich reise heute abend ab.“

(Fortsetzung folgt.)

3. Rößling bleibt gesperrt und ist Zugang nach wie vor streng fernzuhalten.

Die Maler in Mülhausen in Ost. haben infolge der ständigen Weigerung der Unternehmer, die am 2. Februar ds. Jrs. begonnenen örtlichen Verhandlungen weiterzuführen und die Bedingungen des Reichstags anzuerkennen, mit Einmütigkeit den Streik beschlossen. Zugang ist fernzuhalten.

Arbeitsverhältnisse in der Tuch- und Buckstindustrie. Auf einer vom Textilarbeiterverband abgehaltenen Konferenz waren die Arbeitsverhältnisse der Tuch- und Buckstindustrie Gegenstand längerer Beratungen. Für die Konferenz waren zu Anfang des Jahres 1909 umfassende Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Branche veranstaltet worden. Die Arbeit war eine außerordentlich schwierige. Während im Rheinland und in einigen Städten Sachsens und der Lausitz die modernsten technischen Hilfsmittel in den Fabriken angewendet werden, und die Leistung der Arbeit in weitgehender Weise durchgeführt ist, gibt es noch zahlreiche Betriebe, die sich mit recht unvollkommenen, längst überholten Maschinen begnügen und die Arbeit noch nicht weiter geteilt haben, als es vor etwa 40 Jahren der Fall war. Die Art der Lohnberechnung der Weber ergibt ein buntes Durcheinander. Alle Berechnungsarten der mittelalterlichen Tuchknappen haben sich bis heute erhalten. Da gibt es Berechnung nach Stück, Schmitz, Wand, Gewicht, Strang und Strähne; aber vorstellungen des Webers sind dabei an der Tagesordnung. Die moderne, den Weber und die Weberin gegen Betrug schützende Berechnung nach der Schuhzahl ist nur in 88 Betrieben durchgeführt. 179 Betriebe hatten sich an der Statistik beteiligt. Diese Betriebe haben zusammen 12828 Webstühle. Unter 20 Stühle haben noch 87 Betriebe, über 100 Stühle nur 31. Die beiden größten Betriebe mit 600 und 548 Webstühlen sind in Sagan. Die Weberlöhne schwanken zwischen 10 und 28 Mk. pro Woche; der Durchschnittslohn beträgt etwa 18 Mk. Die monatliche Lohnzahlung ist allgemein durchgeführt. Nur 16 Betriebe zahlen noch 14tägig aus. Krämlen sind nur in neuen Betrieben zu finden. Lohnsätze gibt es nur in 71 Betrieben, 59 haben dieselben ausgehängt. Lohnbücher gibt es in 182 Betrieben. Da eine eigentliche Kontrolle des Arbeiterlohnes in der Tuchbranche ohne Tarife oder Lohnabkommen nicht möglich ist, sind die Weber ganz in die Hände des Unternehmers gegeben. Recht ungenügend ist noch die Bezahlung der beim Weber unbedingt notwendigen Nebenarbeiten des Geschirreinhängens, des Kettenandrehens oder Knotens usw. So schwankt die Entschädigung für Kettenanknotens zwischen 1/2-10 Pf. pro 100 Fäden. Am niedrigsten ist diese Entschädigung in Sachsen. Der Lohn der Spulerrinnen, Aufsteckerinnen, Nopperinnen und Appreturarbeiterinnen schwankt zwischen 7 und 16 Mk. pro Woche, der der Walker und Käufer zwischen 12 und 24 Mk., der der Färbearbeiter zwischen 12 und 22 Mk. Das in bezug auf die Lohnberechnung der Weber Gesagte gilt auch für die Spulerrinnen und Kettenfächerer und -schererinnen. Überstunden werden für die verschiedenen Kategorien der Branche nur in 29 Betrieben höher bezahlt, als die anderen Arbeitsstunden. Der Lohn der Spinner beträgt im Durchschnitt etwa 19 Mk. Recht niedrig wird die Arbeit in der Vorbereitung der Spinnerei bezahlt. Auspuger erhalten in 35 Betrieben 11-15 Mk., in 54 Betrieben 15-18 Mk. und in 16 Betrieben über 18-21 Mk. pro Woche. Die Krenplerinnen erhalten für ihre sehr gesundheitschädliche und oft sehr gefährliche Arbeit in 35 Betrieben 7-10 Mk., in 54 Betrieben nur 10-12 Mk., in 6 Betrieben bis zu 14 Mk. 33 Betriebe beschäftigen an den Krenplein Männern, der Lohn dieser schwankt zwischen 10-16 Mk.

Die Baumunternehmer rüsten zum Kampf. Der „Leipziger Volkszeitung“ ist ein Zirkular des Verbandes der Bauarbeitgeber für Leipzig und Umgebung zugegangen, aus dem deutlich ersichtlich ist, daß auch die Leipziger Bauunternehmer, deren Vorsitzender Eulke sich mehrfach rühmte, den Frieden im Baugewerbe erhalten zu haben, auf den Kampf hinstreben. In dem Zirkular, das als „vertraulich“ an die Mitglieder des Verbandes der Bauarbeitgeber für Leipzig gerichtet wurde, wird zunächst auf die Beschlüsse der Straßburger Hauptversammlung vom 25. Februar hingewiesen und darauf, daß die endgültige Entscheidung in der außerordentlichen Hauptversammlung in Dresden fallen soll. Dann heißt es in dem Zirkular: Wenn schon eine friedliche Lösung der Tariffrage allseitig dringend erwünscht ist und erhofft wird, so hat der Verlauf der Hauptversammlung doch gezeigt, daß die Möglichkeit eines über ganz Deutschland sich erstreckenden Kampfes nicht durchaus ausgeschlossen ist, sondern eher wahrscheinlich genannt werden muß, da die Spannung zwischen den Forderungen der Arbeiter und dem, was die Arbeiter zur Erhaltung ihrer Autorität in ihren Betrieben für unumgänglich notwendig halten, eine recht große ist. Es ergab sich in Straßburg aber auch, daß man in allen Teilen des Reiches einmütig und fest entschlossen ist, sich durch die Verhandlungen keineswegs in demütigender Weise zurückdrängen zu lassen, sondern, wenn eine Möglichkeit, durch Verhandlungen zum Frieden zu gelangen, nicht gegeben ist, in den Kampf einzutreten. Wie nun auch die Entscheidung ausfallen möge, — an uns ist es, nichts zu unterlassen, was uns den etwaigen Kampf erschweren oder unmöglich machen könnte. Aus diesem Grunde empfehlen wir vor allem bei Verträgen und Abschlüssen, die Möglichkeit eines Kampfes nicht außer acht zu lassen.

Der Verband der Lagerhalter im Jahre 1909. Nach dem soeben veröffentlichten Geschäftsbericht für das Jahr 1909 liegt die Mitgliederzahl von 2140 auf 2314, darunter befinden sich 100 weibliche. Am 1. Juli 1909 trat die neu eingeführte Arbeitslosenunterstützung in Kraft, die in den sechs Monaten ihres Bestehens die Verbandskasse mit 257,50 Mk. belastete; für Gemäßregelungenunterstützung wurden in 4 Fällen 524 Mk. gezahlt. Recht anerkennenswerte Verbesserungen in bezug auf Gehalt, Verkürzung der Arbeitszeit, Beseitigung der Sonntagsarbeit usw. hat der Verband in einer größeren Anzahl Konsumvereinen erzielt; ferner wurde in verschiedenen Vereinen die Bezahlung nach dem Umsatz beseitigt, an dessen Stelle ein festes Gehalt tritt. Wenn die Verhandlungen des Transportarbeiter-Verbandes mit dem Hafenarbeiter-Verband und dem Verband der Seeleute in der Verschmelzungsfrage zu Ende geführt sind, will der Vorstand des Lagerhalter-Verbandes an den Transportarbeiterverband in gleicher Angelegenheit herangehen. Er ersucht damit einen Auftrag, den die im Berichtsjahr abgehaltene Generalversammlung dem Vorstand erteilt hat. Allerdings geht dieser Auftrag dahin, daß zu diesen Verhandlungen auch der Zentralverband der Handlungsgehilfen hinzugezogen werden soll, um die Gründung eines einzigen großen Industrieverbandes für das Handels- und Transportgewerbe zu erleichtern. Finanziell steht der Verband verhältnismäßig günstig da. Trotz der hohen Ausgaben stieg das Vermögen um circa 5000 Mk. Es beträgt jetzt rund 48000 Mk. Außer den bereits eingangs angeführten größten Ausgaben erforderte auch das Verbandsorgan, die „Lagerhalter-Zeitung“, nach Abzug aller Einnahmen einen Zuschuß von 4306 Mk. Der Verband ist auch an die Freie Vereinigung der Privatangestellten angeschlossen, die jetzt

eine rührige Tätigkeit in der Frage der Pensionsversicherung der Privatangestellten entfaltet. Bekanntlich will die Freie Vereinigung den Ausbau der Invalidenversicherung.

Der Bäckerverband im Jahre 1909. Die Organisation der Bäcker und Konditoren kann auf einen erheblichen Fortschritt im vergangenen Jahre zurückblicken trotz der großen Arbeitslosigkeit, die im Gewerbe herrschte; war doch nach der amtlichen Erhebung wie auch nach dem von Verbände aufgenommenen ein Fünftel der Mitglieder arbeitslos. Am Jahresabschluss zählte der Verband 20350 Mitglieder, darunter 2063 weibliche, gegen das Vorjahr ein Plus von 1584 Mitgliedern. Diese verteilen sich auf 15485 Bäcker = 76,1 Prozent; 1837 Konditoren = 6,6 Prozent; 1924 Hilfsarbeiter = 6,5 Prozent; 2063 Arbeiterinnen = 10,1 Prozent, und 141 Bekehrte = 0,7 Prozent. Die Einnahmen und Ausgaben bilanzieren mit rund 584831 Mk., als Bestand sind 214210 Mk. (damit 43181 Mk. in den Zahlstellen) zu verzeichnen. Der Kassenbestand erhöhte sich gegen das Vorjahr um 48456 Mk. Von den Ausgaben entfallen allein 36,4 Prozent oder 152870 Mk. auf Unterstüßungen. Das Berichtsjahr verzeichnet 53 Lohnkämpfe mit 6082 Beteiligten. Davon wurden die Forderungen in 44 Fällen durch Vergleichsverhandlungen mit den Unternehmern oder deren Korporationen erledigt. Bei den Lohnkämpfen wurde für 1258 Mitglieder eine Arbeitszeitverkürzung von pro Woche 5798 Stunden erzwungen (im Vorjahre für 1507 Mitglieder 4402 Stunden). In Lohnerhöhungen wurde erreicht für 5586 Mitglieder pro Woche 8334 Mk. (im Vorjahre für 2793 Mitglieder 4440 Mk.). Die Bezahlung oder Erhöhung des Lohnes für Überstunden wurde für 8491 Mitglieder (im Vorjahre 815) erzwungen. In 84 Bewegungen wurden für 9713 Beteiligte Tarifverträge mit den Unternehmern oder deren Korporationen abgeschlossen. Weiter wurde vielfach die Beseitigung des Kost- und Logiszwanges beim Unternehmer erreicht. Von besonderer Bedeutung ist jedoch der Tarifabschluss mit dem Zentralverband Deutscher Konsumvereine. Der Vertrag sieht in kontinuierlichen Betrieben den Achtstundentag, in den übrigen die neunstündige Arbeitszeit vor, der Vertrag war am Jahresabschluss von 126 Vereinen mit 1678 Beschäftigten anerkannt. Ein weiteres wichtiges Vorkommen war die Bewegung zur Erreichung der sechstägigen Arbeitswoche auf dem Wege der Gesetzgebung. Die Organisation hatte bereits 1908 eine diesbezügliche Petition an den Reichstag gerichtet. Die von den Unternehmergebern ausgehaltenen Selben haben dann auf Befehl ihrer Geldgeber eine Gegenpetition eingereicht, worin der Reichstag in Ehrfurcht angefleht wurde, die sieben-tägige Arbeitswoche im Interesse des Gewerbes beizubehalten. Eine im Texte gleichlautende Petition wurde auch von dem Zentralverbande Deutscher Bäckerinnungen „Germania“ an den Reichstag gesandt. Die Petitionskommission überwies die Petitionen dem Reichskanzler als Material. Durch den Schluß des Reichstages konnte die Angelegenheit ihre Erledigung nicht finden. Der Kampf um die Durchführung der sechstägigen Arbeitswoche wird dadurch um so zäher und schärfer auf den Weg der Selbsthilfe durch die Organisation geführt.

In den Schokoladen-, Zucker- und Teigwarenfabriken wurden ebenfalls Verbesserungen erzielt, wemalich von Seiten des Arbeitgeberverbandes alles aufgeboten wurde, um ihre Mitglieder gegen die Arbeiter mobil zu machen. Aber die Unternehmerorganisationen im Bäcker-, Konditorgewerbe sowie in der Großindustrie sind im Jahrbuch sehr beachtenswerte Angaben enthalten. Desgleichen werden in einer besonderen Abhandlung die gegnerischen Arbeiterorganisationen gewürdigt. Am Jahresabschluss 1908 gehörten dem Zentralverband 85,67 Prozent, der Organisierten an, Christliche 4,82 Prozent, Gelbe 6,9 Prozent, National-Deutsche 1,75 Prozent, Christ-Demokratische 0,85 Prozent. Trotz dieser für die Berufsangehörigen überaus schädlichen Zersplitterungen, welche direkt oder indirekt vom Unternehmertum gefördert werden, hat sich der Zentralverband gut entwickelt. Alle Versuche der Gegner, das Mißtrauen der Fernstehenden gegen die einzige Interessenvertretung zu schüren, ist elend zu schanden geworden. In der Zeit des schlechten Geschäftsganges konnte die Organisation eine beachtenswerte Mitgliederzunahme aufweisen, ihr Vermögen bedeutend stärken und für eine große Anzahl Mitglieder die Lebenshaltung verbessern. Auch die Bäcker und Konditoren haben den Wert der Organisation erfasst.

Die Zentralisation der englischen Gewerkschaften macht rasche Fortschritte. Ende 1907 wurden von englischen Arbeitsämtern insgesamt 2406746 Mitglieder in nicht weniger wie 1173 selbständigen Gewerkschaften gezählt. Dies erscheint auf den ersten Blick als eine grenzenlose Zersplitterung, doch sind alle diese Gewerkschaften, abgesehen von ganz unbedeutenden Ausnahmen, wiederum größeren Landes-, Industrie- oder Berufszentralen angeschlossen. Solcher Verbände der Verbände gab es Ende des Jahres 1907 insgesamt 106 mit 2800000 Mitgliedern. (Manche Gewerkschaften gehören mehreren Gewerkschaftsverbänden zugleich an.) Dies bedeutet eine Zunahme von 900000 Mitgliedern seit 1904, während die Mitgliederzunahme aller bestehenden Gewerkschaften im gleichen Zeitraum nur 500000 betrug, so daß also mindestens noch 400000 von den schon früher gewerkschaftlich Organisierten sich zu größeren Verbänden zusammenschlossen. So wurden derartige Gewerkschaftsverbände in den letzten drei Jahren neu gegründet in der Textilindustrie, Metallindustrie, Holzindustrie, sowie für Former, Handelsangestellte und ungelernete Arbeiter. Diese sechs Zentralorganisationen zählen fast eine halbe Million Mitglieder. Die größten Organisationen sind jedoch die Gewerkschaftsverbände der Bergarbeiter (460000 Mitglieder), der Maschinbau- und Schiffbau (320000 Mitglieder), sowie die General Federation of Trade Unions. Diese letztere Organisation stellt die eigentliche gewerkschaftliche Landeszentrale Englands dar, wenngleich ihr Hauptzweck zurzeit die Gegenseitigkeitsversicherung der angeschlossenen Organisationen gegen Streiks und Ausperrungen ist. Sie zählte an Mitgliedern Ende 1903 400000, Ende 1907 600000 und Ende 1908 über 700000. Dem internationalen Sekretariat der gewerkschaftlichen Landeszentralen (Berlin) gehört nur diese Organisation an, doch unterhalten auch manche anderen Verbände ständige Verbindungen mit den Gewerkschaften des Auslandes.

Kommunales.

Vereitelte Gemeindevahl. In Griesheim sollte am Dienstag die Gemeindevahl stattfinden. Die Griesheimer Farbwerke, die das Heft in der Hand haben, hatten alle Arbeiter zur Wahl geschickt, ganz gleich, ob sie wahlberechtigt sind oder nicht. Es kam offenbar den Farbwerken darauf an, den Wahlakt zu stören. Die bürgerlichen Parteien hatten, um die Gewalt Herrschaft der Farbwerke zu brechen, auf die Aufstellung von Kandidaten verzichtet, sodaß nur die Kandidaten der Farbwerkspartei und die Kandidaten der Sozialdemokratie in diesem Wahlkampf sich gegenüberstehen. Unsere Genossen protestierten, als der Wahlakt begannen sollte, dagegen, daß so viele Leute im Raume anwesend seien, die das Wahlrecht nicht besitzen. Darauf erklärte der Bürgermeister, wir wollen die Sache so machen, daß jeder Wähler an den Tisch tritt und angibt, wen er zum Vorherrschenden im Wahlbureau haben will. Da ungefähr

600 Wähler erschienen waren, hätte allein die Prüfung des Bureau einige Stunden in Anspruch genommen. Darauf verließen unsere Genossen unter Protest das Lokal und der Bürgermeister erklärte den Wahlakt für geschlossen.

Sozialdemokratischer Gemeindevahlserfolg. Bei den am Sonntag, dem 6. März, in der Stadt Sula (Kreis Heilbronn, Oberelsaß) stattgefundenen Gemeindevahltag, wählten für 6 Ratensmitglieder erhielt kein Kandidat das absolute Mehr, sodaß am nächsten Sonntag ein zweiter Wahlgang stattfindet, bei welchem das relative Mehr entscheidet. Die höchste abgegebene Stimmenzahl erhielten zwei sozialdemokratische Kandidaten mit 340 und 336 Stimmen; ihnen folgt ein Zentrumskandidat, der frühere Notar Freiherr v. Senckburg, mit 247 Stimmen, worauf ihm hart auf dem Fuße die übrigen 4 sozialdemokratischen Kandidaten mit 198 bis 222 Stimmen folgen. Alle anderen bürgerlichen Kandidaten haben weniger Stimmen. Unsere Genossen in Sula, die infolge des Zusammengehens aller bürgerlichen Parteien bei den Hauptwahlen von 1908 im Gemeinderat seit 1908 nicht mehr vertreten sind, treten mit den besten Aussichten auf Erfolg in den Stichwahlkampf ein. Die Wahlbeteiligung betrug 77 Prozent, das absolute Mehr der abgegebenen gültigen Stimmen, das von keinem Kandidaten erreicht wurde, 339.

Soziales.

Syndikatsterror. Daß im Lande der Anerkennung des amtlichen Terrors als gottgewollte Abhängigkeit auch der außeramtliche Terror zu hoher Kultur sich entwickelt, darüber ist große Vermunderung nicht gerechtfertigt. Und doch muß man sagen: das Mitteldeutsche Braunkohlenland nötigt Erntauen ab durch die auf diesem Gebiete bekundete Ungeuertheit. In seinen Verkaufsbedingungen macht es folgende Vorschriften:

Käufer verpflichtet sich, weder Bricketts noch Maßpreß, keine noch Braunkohlen außenliegender Werke zu kaufen, zu vertreiben, überhaupt weder unmittelbar noch mittelbar deren Absatz zu fördern, insbesondere nicht durch Geld- oder tätige Unterstützung einer Person oder Firma, die diesen Absatz betreibt oder vermittelt, ferner nicht durch Duldung einer solchen Absatz fördernden Tätigkeit seitens eines abhängigen Verwandten oder eines Angestellten.

Die Kontrolle über die Einhaltung der Vertragsbestimmungen bleibt dem Syndikat vorbehalten.

Die allgemeinen Lieferungsbedingungen gelten für alle Händler, also auch für solche, die erst aus zweiter oder dritter Hand Syndikatserzeugnisse beziehen. Jeder Händler hat daher auch seine Händlerkundschaft auf diese Bedingungen zu verpflichten.

Das sind Bedingungen, für deren Einhaltung kein Abnehmer einsteht kann. Das tollste dabei ist, daß die Gesellschaft für sich selbst das Recht reserviert, die Vertragspflichtungen nicht erfüllen zu müssen, ohne irgendwie ersatzpflichtig zu sein.

Aus dem Gerichtssaal.

Die unberlethliche Polizei. In Halle wurde am Sonnabend gegen das erste Opfer der Wahlrechtsdemonstration verhandelt. Vor dem Schöffengericht stand der 24-jährige Arbeiter Franz Heinrich aus Krödlwitz, angeklagt wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und wegen Körperverletzung. Die Straftaten soll der Angeklagte am Wahlrechtssonntag (16. Januar) einem Schutzmann gegenüber begangen zu haben. Nach der Anklage soll H. den Schutzmann tätlich angegriffen haben, indem er ihm einen Trittschuh in das Gesicht versetzt hatte; bei seiner Festnahme soll er Widerstand geleistet haben. Der Angeklagte gehörte nach seiner Angabe gar nicht zu den Demonstranten, sondern hatte einen Gang unternehmen, um Vogelfutter zu kaufen. Der Schutzmann Friedrich Fey bekundete, daß nur ein Kommissar und drei Schutzleute der mehrhundertköpfigen Menschenmenge gegenüberstanden. Um die „Krauteiler“ herauszuholen, habe er sich in den Haufen gedrängt und ganz genau gesehen, daß der Angeklagte vor dem Grundstück Albrechtstraße 2 seine Kollegen getreten habe. Er habe ihn sofort von hinten gepackt und nach der Wache gebracht. Ein Zeuge sagte aus, daß der Angeklagte gar nicht als Täter in Frage kommen könne, da der Schutzmann mehrere Schritte entfernt war. Der Amtsanwalt erklärte die Angabe des Angeklagten, daß er sich nur habe Vogelfutter holen wollen, für eine Unwahrscheinlichkeit. Er war mit unter der randalierenden, johlenden Menge und habe in feiger, gemeiner Weise den Beamten von hinten getreten. Der Angeklagte habe sich in hinterlistiger und heimtückischer Weise von hinten an den Schutzmann herangemacht, um ihn zu verletzen. Eine Gefängnisstrafe von sechs Wochen sei trotz der bisherigen Unbescholtenheit des Angeklagten wegen der gemeinen Tat am Plage. Mitbedenke Umstände seien zu verlesen. Das Urteil lautete auf einen Monat Gefängnis wegen Körperverletzung und Widerstandes gegen die Staatsgewalt. — Was geschieht mit den vielen Polizisten, die bei den verschiedenen Wahlrechtsdemonstrationen in Preußen auf wehrloses und harmloses, ruhiges Publikum eingehauen haben?

Rekrutenschänderei ohne Ende. Ungemein rohe und gefährliche Mißhandlung eines Rekruten bildete den Gegenstand der Anklage, gegen die sich vor dem Kriegsgericht Chemnitz der Gefreite Hugo Weißbach und neun Genossen (ein Gefreiter und acht Mann) von der 4. Eskadron des Manenregiments Nr. 21 zu verantworten hatten. W. ist Expedient. Er ist freiwillig im Jahre 1908 zum Dienst eingetreten und wurde im zweiten Dienstjahr Gefreiter. Das muß dem 21jährigen zu Kopfe gestiegen sein. Jedenfalls fühlte er sich den Rekruten gegenüber als Vorgesetzter, und die alten Leute zwang er unter seinen Wahn, dem „strengen“ Verbot entgegen, Rekruten mit außerordentlichen Arbeiten zu beschäftigen, befohl (!) W. dem Rekruten R. am 20. Januar, ihm einen Stiefel zu putzen. R. tat das aber nicht, weil er schon von seinem Berittsführer mit Arbeiten versehen worden war. W. nahm sich nun vor, den R. zu „stricken“. Das ist von ihm denn auch so ausgiebig besorgt worden, daß R. an den Folgen der von dem Vorgesetzten an ihm verübten Mißhandlungen vier Wochen im Lazarett zubrachte. End dies nicht skandalöse Zustand in unserem herrlichen Kriegsheer? So schwere Verletzungen hatten sich bei R. am Kopfe gefunden, daß nach dem ärztlichen Gutachten Gefahr der Erblindung und Epilepsie bestand! Weißbach hatte die von ihm selber dem R. zugefügten Mißhandlungen mit dem Verlust der Knöpfe und mit sieben Tagen strengem Arrest zu büßen; wegen der gemeinschaftlich begangenen Körperverletzung erhielt er nun noch zwei Monate einen Tag Gefängnis, von den anderen Beteiligten wurden 4 mit 21, je 2 mit 10 und 7, und 1 mit 5 Tagen Gefängnis belegt. Diese hatten behauptet, sie hätten unter dem bösen Einfluß W.s gehandelt; der aber versuchte sich feige durch Lügen seiner Verantwortung zu entziehen. — Ist es zu verwundern, wenn unter solchen Mißhandlungen leidende Rekruten Selbstmord verüben? Bleibt ihnen ein anderer Ausweg, wenn

„ungerechtfertigte Beschwerde mit den strengsten Gefängnisstrafen und Notwehr als „Aufrehr“ und „Meuterei“ mit jahrelangem Zuchthaus belegt wird?

Todesurteil. Das Schwurgericht in Cleve verurteilte den Wilddieb Hermann Oite aus Moers wegen Erschießung des Jagdhüters Elmman aus Grefeld zum Tode und sechs Jahren Zuchthaus.

Ein Edelster unter der Anklage der Verleitung zum Meineid. Im Oktober vorigen Jahres haben wir kurz über die schweren Differenzen des Ehepaars Grafen v. Pfeil berichtet. Graf v. Pfeil, der Hauptmann und Kampagniechef im 120. Infanterie-Regiment zu Graudenz war, war in dritter Ehe verheiratet mit einer Tochter des millionenreichen Geheimrats Heim in Berlin. Die Ehe, der drei Kinder entsprossen sind, soll eine sehr unglückliche gewesen sein. Sie ist vom Landgericht Graudenz dann auch wegen beiderseitigen Verschuldens geschieden worden. Die beiden Ehegatten haben vor der Scheidung und nachher sich gegenseitig mit schweren Anschuldigungen förmlich überschüttet. So behauptete vor allen Dingen die geschiedene Ehefrau, sie sei in der brutalsten Weise von ihrem Ehemann, dem sie eine große Witze in die Ehe gebracht und dem sie während der Ehe noch 50.000 Mk. zum Geschenk gemacht hatte, wovon er zum Teil die Kosten für den Lebensunterhalt bestreite, schwer mißhandelt worden, während der Ehemann seinerseits behauptete, die Frau habe die der Ehe entsprossenen Kinder in der unerhörtesten Weise vernachlässigt und hungern lassen. Vor dem Scheidungsprozess hat sich der Graf v. Pfeil von einer Reihe früherer Angestellten des gräflichen Ehepaars eidesstattliche Versicherungen darüber anstellen lassen, daß er seine Frau nie mißhandelt habe und daß andererseits seine Anschuldigungen gegen seine Frau richtig seien. Diese eidesstattlichen Versicherungen sollen auf Ansinnen des Grafen v. Pfeil eine Anzahl unwahrer Tatsachen enthalten haben. Deshalb hatte sich jetzt vor dem Kriegsgericht der 33. Division zu Thorn der Graf v. Pfeil wegen versuchter Verleitung zum Meineid und außerdem wegen einfacher Verleumdung, verleumdlicher Beleidigung und wegen Mißhandlung seiner Ehefrau zu verantworten. Der Prozess hat etwa eine Woche in Anspruch genommen und ein grauenvolles Eheleben entrollt. So wurde unter andern bekundet, daß der Angeklagte seine Frau, von der er ruhig das Geld zur Bekleidung seines und seiner Familie Unterhalt annehm, in der brutalsten Weise mißhandelt, daß er sie z. B. an den Haaren durch mehrere Zimmer geschleift, daß er ihr eine Lampe an den Kopf geworfen und sonderlich brutalisiert hat. Nach ärztlichem Gutachten soll der Graf Pfeil geistig und körperlich degeneriert sein, so daß er z. B. auf dem Gymnasium nicht vorwärts kommen konnte. Offizier der deutschen Armee aber konnte er trotzdem werden und es in dieser Karriere bringen bis zum Hauptmann und Kampagniechef. Am Schluß der Verhandlungen stellte der Angeklagte den Antrag, das Verfahren wegen versuchter Verleitung zum Meineid bzw. Anstiftung zur Abgabe falscher eidesstattlicher Versicherungen wegen Verjährung einzustellen, den Angeklagten von der Anklage der Verleumdung zu drei Monaten Gefängnis und Dienstentlassung zu verurteilen. Das Urteil ist bis zur Stunde noch nicht bekannt. — Gestern abend 6 1/2 Uhr ist das Urteil gefällt worden. Der Graf wurde von der Anklage der Verleitung zum Meineid in acht Fällen und von der Anklage der verleumdlichen Verleumdung freigesprochen und das Verfahren eingestellt.

Ein falscher Kriminalpolizeibeamter bzw. Glacéwächter stand in der Person des verheirateten Eisenbahnhilfsbremsers Karl Schöck vor der Strafkammer in Erfurt. Er hatte in den öffentlichen Anlagen nachts Liebespächchen belauscht, sich ihnen dann als Aufsichtsbeamter vorgestellt und Schweigegelocke verlangt. In einigen Fällen hatte er Erfolg, in andern blieb es bei dem Erpressungsversuch bzw. Betrugsversuch. Die Strafkammer erkannte wegen Erpressung, Betrugs und Amtsannahme auf ein Jahr sechs Monate Gefängnis.

Ein Sensationsprozess in Venedig. Vor den Rissen von Venedig hat am 4. ds. Mz. ein Mordprozess begonnen, der wegen der sozialen Stellung der Beteiligten allgemeines Interesse erregt. Alle Angeklagten sind Russen, aber durch einen Zufall wurde das langerhand vorbereitete Verbrechen gerade in Venedig begangen. Am 4. September 1908 wurde daselbst ein Graf Kamarowsky in seiner Wohnung ermordet. Gleich darauf wurde der Täter, ein gewisser Raunoff, verhaftet und einige Tage darauf wurden der Mischuld verdächtig der Rechtsanwalt Prilukoff, Frau Tarnowsky und deren Gesellschafterin bei ihrer Ankunft in Wien in Haft genommen. Die Tarnowska ist eine jener unheilvollen Personen, die eine unheimliche Gewalt auf Männer auszuüben vermögen. Aus adeliger Familie, heiratete sie mit 18 Jahren den jungen Tarnowsky, mit dem sie aus dem Vaterhause davonlief. Sie war so wahnsinnig verschwenderisch, daß sie 600 Rubel für ein Abendbrot ausgab und in zwei Jahren 30.000 Rubel für ihre Toilette verbrauchte. Von ihren zahllosen Liebhabern richtete sie verschiedene zugrunde, so ihren jungen Schwager, den sie zum Selbstmord trieb, und einen andern, gegen den sie ihren Mann aufbechte, bis er ihn tötete. Glückselig war die verbrecherische Frau, als sie die Nachricht von der Verhaftung ihres Mannes wegen dieser Tat erhielt. Während des Prozesses gegen ihren Mann lernte sie den heutigen Angeklagten, Rechtsanwalt Prilukoff, kennen, einen geachteten und vielbeschäftigten Advokaten. Sie nahm ihn zum Liebhaber und brachte ihn dahin, ein Depot von 30.000 Rubeln zu unterschlagen, worauf sie mit ihm ins Ausland ging. Natürlich reichte das Geld nicht lange, und die Tarnowska verfiel schnell auf andere Auswege. Sie warf ihre Nege nach dem Grafen Kamarowsky aus, einem reichen Manne, während sie gleichzeitig mit dem heutigen Angeklagten Raunoff ein Liebesverhältnis anging. Der Graf wird richtig so weit gebracht, daß er sie zu heiraten verspricht, und sie legt ihm ihre Hand zu, falls es ihr gelänge, ihre Scheidung zu erwirken, was ihr in der Tat nicht gelang. Mit dieser Neuverlobung scheint die Frau von Anfang an eine größere „Finanzoperation“ beabsichtigt zu haben. Während sie mit dem Grafen in Venedig weilte, läßt sie ihren früheren Liebhaber Prilukoff kommen und bespricht mit ihm den Plan, ihren Verlobten für eine hohe Summe bei einer Lebensversicherung einzukaufen. Prilukoff bestreift alles, und der Graf macht ein Testament zugunsten der Tarnowska und versichert sein Leben für 500.000 Frs. Es wird besonders ausbedungen, daß die Prämie auch im Falle eines gewaltigen Todes ausbezahlt würde. Nachdem diese gewissermaßen juristischen Vorbereitungen des Mordes getroffen waren, will die Verbrecherin zunächst Prilukoff zur Tat veranlassen. Da er ihr aber nicht energisch genug schien, wählte sie doch den jüngeren Liebhaber Raunoff, der durch ein gefälschtes Telegramm gegen den Grafen aufgehetzt wurde. Es scheint viel Mühe gekostet zu haben, den jungen Mann für die Schandtat zu gewinnen. Schließlich war auch er zu allem bereit, nachdem die Tarnowska ihm ihre lebenslängliche Liebe versprochen hatte, mit welchem Versprechen sie gleichzeitig Prilukoff als Freund vom Grafen empfangen, der noch

im Bette lag, und schloß ihm eine Kugel in den Leib. Unter dessen warte Prilukoff vor der Tür, wo er den Schuß und das Geschrei hörte, entfernte sich dann und reiste nach Wien, wo er die Tarnowska traf und mit verhaftet wurde. Die Sache lief infolgedessen nicht programmäßig ab, als der unglückliche Graf nicht sofort tot war. Er starb erst am 8. September, nachdem er in verzweifelter Telegrammen seine Braut an sein Sterbelager gerufen hatte. Der Prozess wird voraussichtlich wochenlang dauern, obwohl Raunoff, der auf höherer Tat ergreifen wurde, geständig ist und gegen die andern Angeklagten ein erdrückendes Beweismaterial in den zwischen Prilukoff und der Tarnowsky gewechselten Telegrammen vorliegt.

Aus Nah und Fern.

Verbrannt. Wie aus Berlin gemeldet wird, verbrannte in der Kaiser-Friedrich-Straße in Pankow ein vierjähriges Mädchen in der esterlichen Wohnung. Zum zweiten Jahre jüngeres Mädchen konnte nun mit Mühe vom Grillenrost gerettet werden. Das Feuer ist durch Spielen mit Streichhölzern entstanden.

Seine Reichsverbandsummer. Anfang Juli 1908 hatten der „Vorwärts“, der „Proletarier“ und die Breslauer „Volkswacht“ je einen Artikel veröffentlicht, der sich speziell mit dem sattem bekannten Herrn Gustav Ermert und seiner früheren öffentlichen Tätigkeit befaßte. Insbesondere war in diesen Artikeln gesagt, daß Ermert als Mitglied des Christlichen Gewerkschaftsvereins der Bergarbeiter Verrat an dieser Organisation geübt habe, indem er dem freien Bergarbeiterverband Material zustellte, das dieser gegen den Gewerkschaftsverein und dessen Vorsitzenden Ernst verwendete. Weiter war Ermert vorgeladen worden, daß er sich als Geschäftsführer des Eisenerz-Konsumvereins Schmiergeld in Form von Provision anbieten ließ. Auch der Versuch Ermerts, den Bergarbeiterverband um 20.000 Mk. anzuwerben, war von den genannten Zeitungen angeführt worden als Beitrag zur Charakterisierung des späteren Reichsverbandlers. Ermert klagte darauf gegen die Redakteure Weber in Berlin, Feldmann in Langenbielau und Klübs in Breslau wegen Verleumdung. Den Beklagten kam es vor allem darauf an, Beweise für ihre Behauptungen zu erbringen. Da Ermert aber früher in Westdeutschland tätig war, zog sich der Prozess mit seinen vielen Zeugenvernehmungen und Aktenwanderungen soweit in die Länge, daß er erst am Freitag vor dem Gericht in Waldenburg nach dreieinhalbjähriger Dauer zur Verhandlung kam. Von den Beklagten war nur Genosse Feldmann persönlich erschienen. Der Kläger Ermert war selbst nicht anwesend, sondern überließ die Abwaschung seines Ehrenschlitzes dem Rechtsanwalt Dr. Walter. Vergeblich, denn die kommissarisch vernommenen Zeugen aus Eisenerz, Essen und Bochum redeten eine zu deutliche Sprache. Es kamen zur Verlesung die eidlisch gemachten Aussagen der Zeugen: Johann Will, Johann Leimpecker, Otto Hue, Friedrich Will, August Brühl, Karl Heinrich Schneider, Hermann Schäpe, Richard Breidenbach und Sommer. Besonders Gewicht verdient die Aussagen der Brüder Will, Brust, Sommer und Breidenbachs. Aus ihnen ging hervor, daß Ermert, in die Enge getrieben, zugeben mußte, daß er mit den Lieferantinnen Wallrade und Bommart in Düsseldorf wegen 2 bzw. 3 Proz. Provision verhandelt hat, daß er ferner aus diesem Grunde um seine Posten als Geschäftsführer kam, daß er ferner seine Stellung benutzte, um gegen Brühl zu intrigieren und daß er gedroht hat, dem Brühl das Messer im Leibe anzudrehen. Die Behauptung der Beklagten, Ermert habe 20.000 Mark vom Bergarbeiterverband leihen wollen, wurde erwiesen durch die Verlesung des betreffenden Briefes, der sich in Abschrift nebst dem abliegenden Antwortschreiben des Verbandes bei den Akten befand. Verlesen wurde weiter auf Antrag Dr. Rosenfelds das Urteil des Bochumer Gerichts in Sachen Wagner, in dem es heißt, daß Ermerts Verhalten „in moralischer Beziehung anstößig“ sei, daß er „moralisch nicht völlig intakt“ und daß Ermert eine „gehässige Bekämpfung seiner Gegner“ übte. Letztere Feststellung konnte auch das Waldenburger Gericht machen. Denn es gelangte auf Antrag Rosenfelds eine Schreibprobe Ermerts aus dem „Feierabend“ zur Verlesung, die von unanständigen Schimpfereien strotzte. Das Gericht erkannte nach längerer Beratung auf Einstellung des Verfahrens gegen Weber und Feldmann, da tatsächlich seit der letzten Verurteilung über ein Jahr verlossen und daher Verjährung eingetreten ist. Die Kosten des eingestellten Verfahrens hat der Kläger zu tragen. Der dritte Beklagte, Klübs, wurde dagegen der Verleumdung schuldig befunden und zu 30 Mk. Geldstrafe und den Kosten verurteilt. Wie der Vorsitzende begründend ausführte, ist der Wahrheitsschmerz als erbracht anzusehen bezüglich der Verleumdung. Ermert habe sich Provision versprechen lassen. Weiter hat das Gericht als erwiesen erachtet, daß Ermert der Führer der Rebellion gegen Brühl war, und weiter, daß Ermert der „Bergarbeiter-Zeitung“ Material geschickt hat. Ermert sei aus der Verhandlung nicht so moralisch intakt hervorgegangen, wie er es wollte, es sei erwiesen, daß er sich Verleumdungen gegen das Sittengesetz zuschulden kommen ließ. Der § 193 wäre bei der Strafzumessung zur Anwendung gekommen, weil die in der „Volkswacht“ enthaltenen Verleumdungen Ermerts im politischen Kampfe gefallen sind.

Mord. Aus Graudenz wird gemeldet: In Schönaich, Kreis Ulm, wurde am Mittwoch morgen der 15jährige Müllerburche des Müllers Buhle mit einer Axt ermordet aufgefunden. Der Tat dringend verdächtig ist ein Knecht.

Mord und Selbstmord. Die Gattin des Kurators des russischen Lehrbezirks Lewicki wurde in ihrer Wohnung von einem Gymnasialisten erschossen und seine Tochter durch einen Schuß leicht verwundet. Der Täter beging Selbstmord.

Sonntagsheiligung bei unterhängen Schauspielern. Der Anhalter Landtag nahm am Dienstag einstimmig eine Novelle zu dem Gesetz über die Heiligung der Sonntage an, wonach künftig der Zwang zur Verhüllung der Schaufenster während der Hauptgottesdienste aufgehoben wird.

Explosionen. Nach einer Meldung aus Teichen entstand in Schlußena in dem Wagen eines wandernden Kinematographenbesizers eine Benzin-Explosion, durch die vier Personen schwer verletzt wurden. — Einer Meldung aus Rheinhausen zufolge explodierte in einem Hofhofen der Friedrich-Alfred-Hütte eine Granulationsrinne infolge des Auslaufens von flüssigem Kohlestein. Ein Arbeiter wurde getötet, ein zweiter schwer verletzt.

Selbstmordversuch im Gerichtssaal. Als das Kölner Schwurgericht den Reissenden Bernhard Zimmer, der gelegentlich der Kölner Zeppelintage von ihm verfertigte falsche Ein- und Zweimarkstücke absetzte, zu fünfzehn Monaten Gefängnis verurteilte, wurde der Angeklagte von Lohsbach bestürzt. Er behauptete sich derart wild, daß die Anklagebank zusammenbrach. Darauf verübte er einen Selbstmordversuch. Er wurde aber von Polizisten daran gehindert und gefesselt ins Polizeigefängnis gebracht.

Risiko der Arbeit. Aus Duisburg wird gemeldet: Auf dem Schacht 6 der Zeche „Rheinpreußen“ waren Hilfsarbeiter Brugmann und der Schlosser Terkünde in einem außer Betrieb gesetztem Dampfessel beschäftigt, als von einem anderen Kessel plötzlich Dampf entströmte. Die beiden furchtbar verbrannt und erlagen den Verletzungen.

Liebesdrama? In München wurde ein aus Stuttgart zugereistes Paar, das sich in einem Gasthof als Verlobte eingetragene hatte, am Mittwoch vormittag in seinem Zimmer mit Schußverletzungen aufgefunden. Die Verletzungen der Frau sind tödlich; der Mann lebt noch.

Unter schwerem Verdacht. Der Pfarrer Wänterer aus Bondorf, ein kirchlicher Agitator, Schriftsteller und Mitverleger des von dem seligen Dr. Sigl gegründeten „Vaterländischen Vaterlands“, ist spurlos verschwunden. Er gab zuerst an, wegen eines Leidens (Zuckerkrankheit) nach München zu einem Spezialisten zu fahren. Dann kam ein Telegramm aus Italien an seine Pfarrkirche, in dem mitgeteilt, daß ihn dringende Angelegenheiten nach Rom gerufen hätten. Wänterer war jedoch weder in München noch in Rom auffindbar. Die Gläubigerversammlung in Bondorf stellte nun fest, daß bei der dortigen Raiffeisen-Darlehnskasse 120.000 Mark Vereinsgelder unterschlagen worden sind. Geschädigt sind meist kleinere Leute.

Schweres Unglück. Wie die Blätter melden, ereignete sich bei Humberg in der Nähe von Wien ein schwerer Automobilunfall. Ein mit sieben Schaulen besetztes Schulautomobil einer neugegründeten Wiener Lohnwagenunternehmung überschlug sich in einer Kurve und begrub die Insassen unter sich, von denen einer getötet, drei schwer und zwei leicht verletzt wurden.

Ein 16jähriges Mädchen verschleppt. Ein 16jähriges Dienstmädchen, das von einem Ausgange seinerzeit nicht zurückkehrte, ist von Oberhausen nach Brüssel verschleppt worden, von wo ein Brief eines Bahnarbeiters an die Eltern gelangte, 20 Mark für die Rückreise des Mädchens einzusenden. Die Angehörigen reisten darauf alsbald nach Brüssel, wo unter Zuhilfenahme des deutschen Konsuls das Mädchen mit drei Entführern angetroffen wurde. Letztere wurden sofort verhaftet.

Der Schrecken des Hallenschen Kometen. In der Ortschaft Piosona verübte der Insasse Adam Toma aus Furcht vor dem Hallenschen Kometen Selbstmord. Er äußerte, sich lieber selbst das Leben zu nehmen, als durch den Kometen vernichtet zu werden.

Familien-drama. Der Bahnhofsvorsteher Gräber zu Offstein verübte sich selbst und seine Frau sowie seine drei Kinder mit Sublimat zu vergiften. Die Ehefrau ist tot. Gräber selbst wird kaum mit dem Leben davonkommen. Die Kinder können dagegen als gerettet betrachtet werden. Den Beweggrund zur Tat bilden unerquickliche Familienverhältnisse.

Verschüttet. Aus Zürich wird der „Vossischen Ztg.“ berichtet: Zwei Mann der Militärfortwache Furka werden vermisst. Wahrscheinlich sind sie einem Lawinenschnee zum Opfer gefallen.

Amerikanische „Antur“. Die Nr. 40 der „New York Times“ vom 16. Februar reproduziert ein Bild aus dem „Atlanta Georgian“, das zeigt, wie zwei Frauen im Gefängnis zu Atlanta im Staate Georgia mit hochgestrecktem Arm an die Wand angekettert wurden, um sie zu bestrafen. Auf solch brutale Weise werden noch im 20. Jahrhundert im „freien“ Lande Amerika Menschen gemartert. Als der Kommissar für öffentliche Arbeiten, dem die Gefängnisse in Atlanta unterstellt sind, auf die schreckliche Brutalität aufmerksam gemacht wurde, erklärte er, daß er davon nichts gewußt habe. Demgegenüber sagte der Verwalter des Gefängnisses, der die Frauen angekettert, daß dem Kommissar in jedem Falle ein Bericht zugestellt wurde. Nun ist die übliche „Untersuchung“ im Gange, bei der natürlich nichts herauskommen wird.

Von Beary. Aus Washington wird gemeldet: Der Unteranspruch der Marinekommission des Kongresses beschloß, den Nordpolfahrer Beary nicht auszuscheiden, bis er weitere Beweise für die Entdeckung des Nordpols vorgelegt habe.

Theater und Musik.

Neues Stadttheater. Letztes Gastspiel des Großherzoglich-Hochschauhalters Karl Grube vom Hoftheater in Weimar. „Ariel Alcock“, Tragödie in 5 Akten von Carl Guckow. Ein Abend, der frisch aufgeklimmte Hoffnungen sah kniet. Daran ist zu einem Teil auch das Glück mit Schuld. Es trägt den Darsteller nicht. Von des Gedankens Waffe angekränelt, ein interessantes Dokument der Zweifelsart gequälten Seele des Autors, steht ihm die eine ebene Notwendigkeit offensichtliche Leidenschaft des wahren Dramas. Da ist nichts Heldenhaftes im tiefsten Sinne, kein unrettbar der Vernichtung zustrebender, den Zuschauer zu tragischem Erleben mit fortreisender Willenskonflikte. Die dramatischen Epochen sind zu echten Theatereffekten umgebogen. Aber umso mehr muß der Darsteller aus Eigenem geben, muß er dem Ariel Alcock eine tiefere Anteilnahme erst sichernde Seele einzuhauchen suchen. Und das gelang dem Gaste gar nicht. Von warmer Empfindung war absolut nichts zu spüren. Alles leer klingend des Pathos, „Meiningerer“ in Blüte. Die mag ja auch hier und da ihr dankbares Publikum finden — wie es dem Gaste an rauschenden Ehrungen namentlich nach der großen Tempelzene nicht gefehlt hat —, aber sie kann für unsere Zeit doch nur noch historischen Wert beanspruchen. Ordentlich wohlthuend stach gegen diese Theaterart das Spiel des Herrn Brunow als de Silva ab. Die schlichte Bescheidenheit und edle Wärme, die seine Schöpfung ausstrahlte, fäherten ihr ein lebhaftes Interesse. Künstlich wertvoll war auch der Ben Jochai, den Herr Stahl-Nachbaur mit frischem, wirksamem Temperament gab. Der fanatische Rabbi de Santos wurde von Herrn Taube mit charakteristischen Strichen gezeichnet. Nur forcierter er in der Hauptrolle über die Grenze des ästhetisch Zuträglichen hinaus. Der Jubilt lieb Fr. Bilger recht sympathische Züge. Zutreffend verkörperte Herr Scholz den Epitapher Manasse Banderstraten. Und in ihren hübschen Episoden mußten Herr Bram Meynadier als Rabbi Ben Akiba und Fr. Brandes als Esther die Aufmerksamkeit des Publikums aufessen. In anzuerkennender Weise war das Spiel von Herrn Brunow inszeniert worden.

Quittung.

Für den Reservofonds gingen ein:
H. M. Mt. 1,30
Friedr. Meyer u. Co.
Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stellung.
Verleger: F. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Läden.